



Redaktion und Verwaltung:

Amstetten, Ardaggerstraße 28

Alleinige Anzeigenannahme durch die Verwaltung des Blattes in Amstetten

# Eisenwurzen

Bezugsbedingungen: Monatlich durch den Kolporteur S 1—, Einzelnummer 25 g. Bei Postzustellung im Monat S 1-30, Einzeleremplar 30 g.

## Wochenblatt für das werktätige Volk im Wahlkreis Eisenwurzen

5. Jahrgang

Freitag, den 1. Juli 1932

Nummer 27

# Ein Hilferuf für die Gemeinden.

## Ein neuerlicher Vorstoß der Sozialdemokraten, um den schwer bedrängten Gemeinden Hilfe zu bringen.

In der Sitzung des Landtages am 23. Juni wurden sehr vielen Gemeinden hohe Umlagen bewilligt. Aus diesem Anlaß hielt Landesrat Genosse Heinrich Schneidmahl eine bedeutungsvolle Rede, die vom gesamten Landtag mit größter Aufmerksamkeit angehört wurde. Selbst die Nazi, die vorher immer wieder krawallisierten, verhielten sich still, störten durch keinen Zwischenruf und hörten anscheinend lerneifrig zu.

Landesrat Schneidmahl (Sozialdemokrat) führte aus:

Die Finanznot der Gemeinden datiert nicht von heute. Sie geht vor allem auf die Tatsache zurück, daß bei Aufteilung der Steuerertragsanteile zwischen Bund, Ländern und Gemeinden auf die wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben der Gemeindeverwaltungen zu wenig Rücksicht genommen wurde. So oft bei einer Änderung der Abgabenteilung die Gemeinden gehofft haben, endlich Berücksichtigung zu finden, wurden sie enttäuscht. Ja, noch mehr,

der Bund, der so wenig Verständnis für die Verwaltungsaufgaben der Gemeinden zeigt,

bürdet ihnen noch neue Belastungen auf, ohne zu fragen, wie sie erfüllt werden können und ohne ihnen eine Bedeckung zu ermöglichen. Ein Beispiel hierfür ist die Kleinrentnerfürsorge. Die Gemeinden werden verpflichtet, hierfür 500.000 Schilling pro Jahr an Beiträgen zu leisten. Dazu kommt noch, daß diese Beiträge den Gemeinden von den Ertragsanteilen abgezogen werden. Es ist begreiflich, daß eine Gemeinde, die keine Möglichkeit hat, diese unvorhergesehenen Ausgaben zu bedecken, in Schwierigkeit geraten muß. In der Öffentlichkeit aber werden für alle Belastungen der Bevölkerung immer die Gemeinden verantwortlich gemacht, obwohl die Maßnahmen des Bundes daran schuldtragend sind.

Bedeutende Belastung erwächst den Gemeinden auch durch das vom Bund beschlossene Hauptschulgesetz. So nützlich dieses Gesetz ist, das den breiten Massen eine bessere Bildung ermöglicht, so sehr kommen dabei die Gemeinden wieder zum Handfuß. Wenn bisher eine Gemeinde eine Bürgerschule geführt hatte, mußte sie diese in eine Hauptschule umwandeln. Es wäre nur recht und billig und dem Geist und Sinn des Finanzverfassungsgesetzes entsprechend gewesen, wenn gleichzeitig mit der Schaffung des Hauptschulgesetzes den Gemeinden die notwendige Bedeckung dieser neuen Ausgaben gesichert worden wäre. Dies ist aber nicht geschehen.

Ähnlich wie der Bund, verfährt auch das Land.

Zu den Personalmehrkosten nach Errichtung einer Hauptschule müssen die Gemeinden erhebliche Beiträge an das Land abführen; das Land aber trägt nichts zur Errichtung von Hauptschulen bei. Die Gemeinden, die eine Hauptschule errichten, haben dem Land durch vier Jahre die Mehrkosten zu ersetzen, was Beträge zwischen 9000 und 24.000 S ausmacht. Auch auf diese Weise sind Gemeinden oft schon in größte Schwierigkeiten gekommen. In der Öffentlichkeit aber werden die Gemeinden dann noch beschuldigt, daß sie nicht haushaltend verfahren und die Bevölkerung über Gebühr belasten. Neben der genannten Verpflichtung bestehen aber auch Schulklassenabgaben, die nach der Zahl der Klassen progressiv abgestuft sind. Im Jahre 1932 allein erwachsen aus diesem Titel den Gemeinden Ausgaben von 1.860.000 S.

Außerdem aber haben die Gemeinden dem Land noch zu den uneinbringlichen Verpflegungskosten 25 Prozent beizutragen. Diese steigen infolge der unerträg-

lichen Wirtschaftsnot immer mehr an, so daß sie heuer beim Land mit 8 bis 9 Millionen Schilling pro Jahr nicht zu hoch eingeschätzt erscheinen. Mehr als zwei Millionen Schilling müssen also heuer die Gemeinden zu den uneinbringlichen Verpflegungskosten beitragen. Wenn aber eine Gemeinde nicht imstande ist, termingemäß die vorgeschriebenen Viertelsbeiträge einzuzahlen, werden ihr diese Beiträge von ihren Steuerertragsanteilen abgezogen. Manche Gemeinde ist dadurch aus dem Gleichgewicht gekommen. Wir haben aber auch Gemeinden, die Forderungen an das Land haben, daß sie jene, die Krankenhäuser errichtet haben und diese auf Grund des Krankenanstaltsgesetzes verwalten. Da ist es seit Jahren üblich, daß

das Land diesen Gemeinden die fällig gewordenen Verpflegungskostenbeiträge nicht bezahlt.

Es handelt sich im Einzelfall um Beträge bis zu 160.000 S! Das bedeutet, daß in diesen Gemeinden, die ohnehin schon schwere Lasten zu tragen haben, die Schwierigkeiten erheblich vermehrt werden und weiter, daß die Verwaltung dieser Spitäler über Gebühr

## eine ganz mörderische Praxis bei der Aussteuerung

durchzuführen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Bund verweigert die Zuschüsse, die zur Aufrechterhaltung der Notstandsausgaben notwendig sind. Die für die Verwaltung Verantwortlichen zerbrechen sich nicht weiter den Kopf darüber, wie die Mittel herbeizuschaffen sind, sondern sie sehen die einfachste Lösung eben in der Streichung der Aufwände. Aber hier handelt es sich um die ärmsten Opfer der Wirtschaftskrise, um Eltern, die ihren Kindern nicht einmal mehr ein Stück trockenes Brot geben können, um Familien, deren spärlicher Hausrat, den sie in jahrzehntelanger Arbeit sich abgearbeitet haben, nun Stück für Stück ins Verfallamt oder zum Trödler oder sonstwohin wandert, um Menschen, die überhaupt nichts mehr haben. Von den industriellen Bezirkskommissionen ausgerechnet, vom Fürsorgeamt mit der leider zutreffenden Erklärung abgewiesen, es sei kein Geld da, kommen diese Armen zur Gemeinde. Es ist einfach nicht möglich, sie abzuweisen. Der Bürgermeister gibt immer wieder ein paar Schillinge her, und das Loch im Gemeindehaushalt wird immer größer. Wir können nur hoffen, daß das Land, das heute in einer Situation ist, daß es seine Beamten und Lehrer am nächsten Ersten nur mit einem Teil ihrer Bezüge befriedigen kann (Hört! Hört!) und das übrige im Laufe des Monats auszahlen müssen wird,

auch für die Gemeinden ebensoviel Verständnis

aufbringen wird, wenn diese in Schwierigkeiten geraten. Es muß jedenfalls dagegen Stellung genommen werden, daß immer wieder die sogenannte „große bürgerliche Presse“ bei Behandlung dieser Fragen ein Unverständnis an den Tag legt, das wirklich unerhört ist. Die Gemeinden leiden ja nicht nur allein unter diesen Tatsachen, sondern auch sehr schwer darunter, daß der

Darlehenszinsfuß von einer unerträglichen Höhe

ist. Es besteht heute, wo unser Staat währungspolitisch leider, ich sage ausdrücklich leider, autark geworden ist, kein Grund mehr, den Zinsfuß hochzuhalten. Sind doch weder Nationalbank, noch Private imstande, Schillinge umzuwechseln. Will man etwa durch den hohen Zinsfuß Sparere hereinlocken? Da muß darauf hingewiesen werden, daß heute der Sparer, der sein Geld einem Kreditinstitut anvertraut, nicht so sehr einen hohen Zinsfuß verlangt, als vielmehr

verteuert wird, weil viele Lieferanten sich weigern, auf Monate hinaus zu kreditieren. Es ist aus diesem Grund auch nicht möglich, Konkurrenz auszusprechen und die Lieferungen dem billigsten Angebot zu übertragen, da eine solche Gemeinde trotz sein muß, wenn sich überhaupt noch ein Lieferant findet. Dann aber kommt noch der Landesfinanzreferent und macht der Spitalverwaltung Vorwürfe, daß sie „zu teuer wirtschaftet“. Das macht derselbe Finanzreferent, der seinerseits die Verpflegungskosten abziehen läßt, aber die längst fälligen Beiträge, die er den Gemeinden schuldet, nicht zur Abdeckung bringt.

Es belastet die Gemeinden auch schwer, daß infolge der Finanznot des Landes auch dessen Armen- und Jugendfürsorge immer mehr zusammenschrumpft.

Es ist keine Lösung, einfach die Unterstützung herabzusetzen

oder zu streichen! Die armen Teufel kommen dann zur Gemeinde und heischen dort Hilfe. Woher aber soll die Gemeinde die Mittel nehmen, wenn sie keine Möglichkeit zur Bedeckung hat? Dazu kommt noch, daß in den letzten Monaten der Bund die industriellen Bezirkskommissionen angewiesen hat,

fordern, daß der Zinsfuß herabgesetzt werde,

wenn überhaupt noch eine Fortführung der Wirtschaft möglich sein soll. Man wird da einwenden, daß sich die Gemeinden eben leichtfertig verschuldet haben und darum jetzt Zinsen und Fälligkeiten nicht einhalten können. Ich stelle fest, daß diese Verschuldung im allgemeinen heute niedriger ist als in der Vorkriegszeit. Die Gesamtverschuldung der niederösterreichischen Gemeinden beträgt rund 160 Millionen Schilling. Jede Senkung des Zinsfußes um ein Prozent bedeutet für unsere Gemeinden eine Entlastung um 16 Millionen Schilling im Jahre. Verstehen Sie nun, meine Damen und Herren, die überragende Bedeutung der Zinsfußsenkung für die niederösterreichischen Gemeinden? Man sollte sich doch endlich einmal angewöhnen, rein wirtschaftliche Dinge

rein wirtschaftlich und ohne Demagogie zu behandeln. Man komme mir nicht mit dem abgebrauchten und längst verwirklichten Rat zum Sparen. Alle Gemeinden sind dazu gezwungen, ob sie es gern tun oder nicht. Es werden Aufwandsposten gestrichen, die nie gestrichen werden dürften. Man glaube auch nicht, daß bloß die sozialdemokratischen Gemeinden verschuldet sind, Tatsache ist, daß

alle Gemeinden unter der Verschuldung leiden. Die gemeinsame Ursache war die, daß nach dem Krieg alle Betriebe und Einrichtungen debastiert waren und wirtschaftliche Investitionen unermesslich gewesen sind. Ich bitte alle, ohne Unterschied der Partei, die Forderung an die Bundesregierung und an die Nationalbank nach einer Zinsfußherabsetzung zu unterstützen. Es liegt dies nicht allein im Interesse der notleidenden Gemeinden, sondern im Interesse der gesamten öffentlichen Wirtschaft. Es ist für keine Gemeinde, aber auch für keine Privatwirtschaft möglich, bei dieser unerträglichen Höhe des Zinsfußes weiterzuwirtschaften. Naheliegender wäre ja auch die Forderung nach einer Entschuldungsaktion der Gemeinden, die durch Zusammenwirken der öffentlichen Faktoren mit den Kreditinstituten durchzuführen wäre. Wir wissen allerdings, daß eine solche Aktion nur in einer verhältnismäßig konsolidierten Wirtschaft möglich sein wird.

Eine weitere Forderung ist die nach Umwandlung der kurzfristigen Darlehen in langfristige. Diese Umwandlung wäre auch gegenwärtig zu realisieren. Es gehört nur einigermaßen guter Wille und ehrliches Zusammenwirken aller Beteiligten dazu.

Die Abgabenteilung, die viel zu wenig Rücksicht auf die Gemeinden nimmt, müßte abgeändert werden. Wir wissen, daß das bei der gegenwärtigen finanziellen Lage des Bundes und der Länder jetzt nicht durchzuführen ist. Aber mit allem Nachdruck muß verlangt werden, daß der Bund an der Erhöhung der gemeinsamen Steuern, die er plant,

auch die Gemeinden teilnehmen läßt. Die Summe, die diese Erhöhung bringen wird, muß nach den verfassungsmäßig festgelegten Schlüssel geteilt werden, der Bund darf die Erhöhung nicht für sich allein verwenden. Wir beharren auch auf unserer alten Forderung, daß die Gemeinden von den Leistungen für Landesziele befreit werden. Auch da wissen wir, daß angesichts der Not des Landes diese Forderung gegenwärtig nicht erfüllt werden kann, aber sie muß zur gegebenen Zeit erfüllt werden. Unbedingt müssen wir aber jetzt schon fordern,

daß das Land seine Verpflichtungen gegenüber den Gemeinden voll und ganz erfüllt.

Wir verlangen ferner die Befreiung der Gemeinden von dem Beitrag für das Kleinrentnerfürsorgegesetz und die Aufteilung des Schulaufwandes für eine Hauptschule auf alle an dieser Hauptschule interessierten Gemeinden.

Die Gemeinden sind in großer finanzieller Not. Trotzdem unternimmt das Land immer wieder den Versuch, die Gemeinden zugunsten des Landes zu schädigen. Jeder solcher Versuch wird auf unseren schärfsten Widerstand stoßen. (Lebhafte Beifall.)

Landesrat Schneidmahl führte aus:

Ich muß gestehen, daß ich nicht überrascht bin über das Unverständnis, mit dem Dr. Höfinger über die Gemeindeverwaltung geredet hat. Hat er denn überhaupt eine Ahnung, was Gemeindeverwaltung heißt? (Lärm bei den Nazi.) Meine Herren von der äußersten Rechten,

alle Gemeinden unter der Verschuldung leiden. Die gemeinsame Ursache war die, daß nach dem Krieg alle Betriebe und Einrichtungen debastiert waren und wirtschaftliche Investitionen unermesslich gewesen sind. Ich bitte alle, ohne Unterschied der Partei, die Forderung an die Bundesregierung und an die Nationalbank nach einer Zinsfußherabsetzung zu unterstützen. Es liegt dies nicht allein im Interesse der notleidenden Gemeinden, sondern im Interesse der gesamten öffentlichen Wirtschaft. Es ist für keine Gemeinde, aber auch für keine Privatwirtschaft möglich, bei dieser unerträglichen Höhe des Zinsfußes weiterzuwirtschaften.

Naheliegender wäre ja auch die Forderung nach einer Entschuldungsaktion der Gemeinden, die durch Zusammenwirken der öffentlichen Faktoren mit den Kreditinstituten durchzuführen wäre. Wir wissen allerdings, daß eine solche Aktion nur in einer verhältnismäßig konsolidierten Wirtschaft möglich sein wird.

Eine weitere Forderung ist die nach Umwandlung der kurzfristigen Darlehen in langfristige. Diese Umwandlung wäre auch gegenwärtig zu realisieren. Es gehört nur einigermaßen guter Wille und ehrliches Zusammenwirken aller Beteiligten dazu.

Die Abgabenteilung, die viel zu wenig Rücksicht auf die Gemeinden nimmt, müßte abgeändert werden. Wir wissen, daß das bei der gegenwärtigen finanziellen Lage des Bundes und der Länder jetzt nicht durchzuführen ist. Aber mit allem Nachdruck muß verlangt werden, daß der Bund an der Erhöhung der gemeinsamen Steuern, die er plant,

auch die Gemeinden teilnehmen läßt. Die Summe, die diese Erhöhung bringen wird, muß nach den verfassungsmäßig festgelegten Schlüssel geteilt werden, der Bund darf die Erhöhung nicht für sich allein verwenden. Wir beharren auch auf unserer alten Forderung, daß die Gemeinden von den Leistungen für Landesziele befreit werden. Auch da wissen wir, daß angesichts der Not des Landes diese Forderung gegenwärtig nicht erfüllt werden kann, aber sie muß zur gegebenen Zeit erfüllt werden. Unbedingt müssen wir aber jetzt schon fordern,

daß das Land seine Verpflichtungen gegenüber den Gemeinden voll und ganz erfüllt.

Wir verlangen ferner die Befreiung der Gemeinden von dem Beitrag für das Kleinrentnerfürsorgegesetz und die Aufteilung des Schulaufwandes für eine Hauptschule auf alle an dieser Hauptschule interessierten Gemeinden.

Die Gemeinden sind in großer finanzieller Not. Trotzdem unternimmt das Land immer wieder den Versuch, die Gemeinden zugunsten des Landes zu schädigen. Jeder solcher Versuch wird auf unseren schärfsten Widerstand stoßen. (Lebhafte Beifall.)

Landesrat Schneidmahl führte aus:

Ich muß gestehen, daß ich nicht überrascht bin über das Unverständnis, mit dem Dr. Höfinger über die Gemeindeverwaltung geredet hat. Hat er denn überhaupt eine Ahnung, was Gemeindeverwaltung heißt? (Lärm bei den Nazi.) Meine Herren von der äußersten Rechten,

ihnen zugesügten Blamage unter der stürmischen Heiterkeit des ganzen Hauses und der Galerie unter.

Landesrat Schneidmahl führte aus:

Ich muß gestehen, daß ich nicht überrascht bin über das Unverständnis, mit dem Dr. Höfinger über die Gemeindeverwaltung geredet hat. Hat er denn überhaupt eine Ahnung, was Gemeindeverwaltung heißt? (Lärm bei den Nazi.) Meine Herren von der äußersten Rechten,

ihnen zugesügten Blamage unter der stürmischen Heiterkeit des ganzen Hauses und der Galerie unter.

Landesrat Schneidmahl führte aus:

Ich muß gestehen, daß ich nicht überrascht bin über das Unverständnis, mit dem Dr. Höfinger über die Gemeindeverwaltung geredet hat. Hat er denn überhaupt eine Ahnung, was Gemeindeverwaltung heißt? (Lärm bei den Nazi.) Meine Herren von der äußersten Rechten,

ihnen zugesügten Blamage unter der stürmischen Heiterkeit des ganzen Hauses und der Galerie unter.

Landesrat Schneidmahl führte aus:

Ich muß gestehen, daß ich nicht überrascht bin über das Unverständnis, mit dem Dr. Höfinger über die Gemeindeverwaltung geredet hat. Hat er denn überhaupt eine Ahnung, was Gemeindeverwaltung heißt? (Lärm bei den Nazi.) Meine Herren von der äußersten Rechten,

ihnen zugesügten Blamage unter der stürmischen Heiterkeit des ganzen Hauses und der Galerie unter.

Landesrat Schneidmahl führte aus:

Ich muß gestehen, daß ich nicht überrascht bin über das Unverständnis, mit dem Dr. Höfinger über die Gemeindeverwaltung geredet hat. Hat er denn überhaupt eine Ahnung, was Gemeindeverwaltung heißt? (Lärm bei den Nazi.) Meine Herren von der äußersten Rechten,

## Eine Abfuhr der Nazi im Landtag. Schneidmahl entlarvt den Nazischwindel.

In der Landtagsitzung vom 23. Juni rechnete Landesrat Schneidmahl in einer trefflichen Rede mit dem Nazischwindel ab. Den Anlaß dazu gab eine Rede des Naziabgeordneten Höfinger, die von der beispiellosen politischen Unwissenheit der Nazi Zeugnis ablegte. Je länger Schneidmahl redete, desto verlegener und kleinlauter wurden die acht Reden. Und als sie schließlich Schneidmahl mit dem nationalsozialistischen Klassenunsiinn konfrontierte, gingen ihre Wutausbrüche ob der

ihnen zugesügten Blamage unter der stürmischen Heiterkeit des ganzen Hauses und der Galerie unter.

Landesrat Schneidmahl führte aus:

Ich muß gestehen, daß ich nicht überrascht bin über das Unverständnis, mit dem Dr. Höfinger über die Gemeindeverwaltung geredet hat. Hat er denn überhaupt eine Ahnung, was Gemeindeverwaltung heißt? (Lärm bei den Nazi.) Meine Herren von der äußersten Rechten,

ihnen zugesügten Blamage unter der stürmischen Heiterkeit des ganzen Hauses und der Galerie unter.

Sie werden sich daran gewöhnen müssen, daß wir Ihnen in konkreten Fällen immer wieder Ihre Unwissenheit nachweisen. Dr. Höfinger spricht davon, daß die Demokratie schuld ist am Zugrundegehen der Wirtschaft. Er sagt auch, daß die Nationalsozialisten schon das Rezept wüßten, wie allen Schwierigkeiten beizukommen wäre, aber sie hätten damit hinter dem Berge. Wahrscheinlich wollen sie ihre Wähler und Wählerinnen, die so naiv waren, ihnen ihre Stimme zu geben, noch weiter in Spannung halten. Vor den Wahlen haben die Nationalsozialisten an allen möglichen und unmöglichen Orten, die sie schon lange für das Dritte Reich erobert haben (Heiterkeit), plakatiert, daß „der Nationalsozialismus die Rettung“ ist.

Jetzt aber, da sie als Vertreter in die öffentlichen Körperschaften hineingewählt worden sind, halten sie vhraseneiche Reden, wo sie doch Gelegenheit hätten, in Form von Anträgen grundsätzlichen Weg für die wirtschaftliche Rettung abzustaken. Jetzt versagen sie, die doch soviel versprochen haben, vollständig.

Es hat noch keine Oppositionspartei im politischen Leben so viel Lärm gemacht. Aber auch keine Partei des In- oder Auslandes hat sich je

**so bübiß benommen wie sie**

(Lauter Beifall bei den Parteigenossen, Erregung bei den Nationalsozialisten) und keine hat, nachdem sie in die öffentlichen Körperschaften berufen wurde, so schmähtlich auch im grundsätzlichen versagt.

Wenn Dr. Höfinger von den Kosten des Landtages, der abzuschießen sei, unlängst sagte, daß man damit das Arbeitslosenproblem lösen könnte, so gebe ich ihm darauf die Antwort, daß sie nicht einmal hinreichen würden, die Notstandsbeihilfen in St. Pölten durch einen Monat zu beden. Den Weg, den unserem Volk die Nationalsozialisten vorschlagen, ist schon ein anderes Volk gegangen.

In Italien ist das Dritte Reich schon verwirklicht.

Dort herrscht nicht das Volk durch seine Vertretung, sondern ein Mann, der das Vorbild des Herrn Hitler geworden ist. Wie der sich räuspert oder spuckt, habt ihr ihm glücklich abgucken. (Lärm bei den Nationalsozialisten.) Der Mann, der die Südtiroler bedrückt, dient einem Hitler als Vorbild. (Abgeordneter Nutriß: Schweigt, Ihr Judenwechtel!) Sie reden und tragen sich so wie die Faschisten, ihre Uniform hat nur eine andere Farbe, ihr Gruß ist derselbe. Wir wissen ganz genau, daß gegenüber ihren Behauptungen von der teuren Demokratie,

**der Faschismus die teuerste Verfassung**

ist, denn in ihm sind Partei und Verwaltung eins und das Volk muß nicht nur die Kosten der Verwaltung, sondern auch die Kosten des Parteiparates und die 300.000 faschistischen Milizsoldaten aus seinen Steuergeldern zahlen. Und ist vielleicht in diesem Dritten Reich, von dem sie träumen, und das sie auch in Deutschland und bei uns

errichten möchten, die Krise vielleicht weniger schwer als in anderen demokratischen Ländern? Es würde

für das deutsche Volk ein trauriges Erwachen sein, denn gerade dort, wo der Faschismus haust, ist die Wirtschaftskrise größer als in anderen Ländern. Kommen Sie uns nicht mit Ihrer Demagogie. Neben Sie nicht von der Brechung der Zinsnechtheit. Denn wer Sie kennt, weiß, daß Sie nicht Antikapitalisten, sondern in Wahrheit

die Landsknechte des zusammenbrechenden Kapitalismus

sind. (Stürmischer Beifall bei den Parteigenossen.) Was Ihre Rassenlehre betrifft, so sind Sie, wie sie hier dastehen, die lebendige Widerlegung ihrer Rassenlehre. (Nazdar!-Rufe und Rufe: Pan-Langer und andere tschechische Rufe bei den Sozialdemokraten, große Heiterkeit im Hause.) Ich bin nicht Anhänger Ihrer Theorie, aber danken Sie Ihrem Gott, dem Botan oder der Pflanz, daß das Dritte Reich noch nicht da ist und Sie noch nicht zur Musterung kommen, denn Sie sind weder blondhaarig, noch blauäugig, noch langschädlig. (Lebhafte Heiterkeit.) Sie würden beim Rassenamt einer Überprüfung kaum Stand halten. Ich weiß, Sie müssen sich ja nicht nur hier im Landtag, sondern auch in Ihrer obersten Führung mit Surrogaten begnügen, denn auch Hitler würde vor dem Rassenamt keine Gnade finden. (Lebhafte Heiterkeit.)

Abgeordneter Nutriß: Setz dich nieder!

Abgeordneter Schneidmahl: Herr Nutriß, Ihnen muß ich doch einmal ein Wort sagen. Sie sind ein bedauernswertes Opfer des Krieges und als solches haben Sie Anspruch auf Mitleid, wie die Millionen übrigen Opfer des Krieges. Es ist die Frage, ob Sie vollsinnig sind oder nicht; ist das letztere der Fall, so sind Sie noch mehr zu bemitleiden. Dann aber verdient die Partei, die Ihre Krankheit mißbraucht, die schärfste Anprangerung. (Stürmischer Beifall bei den Parteigenossen.)

Abgeordneter Leopold: Sie niederrächtiger Kerl.

Landesrat Schneidmahl: Wenn Sie wirklich so krank sind, Herr Nutriß, und wenn das nicht Komödie ist, sondern Ausfluß einer Krankheit, was Sie hier aufführen, dann, ich wiederhole es, gehören Sie nicht in den Landtag, sondern in eine Heilanstalt. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten, Lärm bei den Nationalsozialisten.)

Es war notwendig, einmal festzustellen, wie die nationalsozialistische Theorie draußen aussieht und wie die praktische Arbeit hier im Hause. Wenn Sie auch nervös werden, werden wir, so oft Gelegenheit dazu da ist, es uns nicht verlagern, Ihnen Ihre Unkenntnis der Verwaltung und damit Ihre politische Unfähigkeit nachzuweisen. (Stürmischer Beifall.)

# Eine stürmische Landtagsitzung.

## Nazi und Christlichsoziale im Handgemenge. — Buresch wieder Landeshauptmann.

Wenn ein Fremder, der die Parteiverhältnisse nicht kennt, jetzt zu einer Landtagsitzung kommt, muß er glauben, daß ein Teil der Abgeordneten auf der rechten Seite Plattenbrüder sind. Die acht Nazi betrachten den Landtag als Wirtschaftshaus. Jede Sitzung wird zu einem Theater. Sie haben allerdings von den Sozialdemokraten die richtigen Antworten bekommen. Auch die Christlichsozialen waren nicht mehr so ruhig wie in früheren Sitzungen und setzten sich, mitunter sogar handgreiflich, zur Wehr. Besonders der Kremsier Gemüsehändler Nutriß benimmt sich wie verrückt. Er bekommt dafür auch die entsprechenden Zwischenrufe zu hören. Die ganze Unfähigkeit der Nazi zu sachlicher Arbeit zeigte sich, als ihr Dr. Höfinger sprach. Schneidmahl hatte in einer ernsten Rede die großen Schwierigkeiten der Gemeinden geschildert. Als dann Höfinger sprach, glaubte man, er sage Vorschläge der Nazi zu hören. Aber es kam anders. Höfinger hielt einen Bierjagdwesfel, der gut zu einer Turnerbundkneipe gepaßt hätte, aber im Landtag fehl am Platz war. Die Bevölkerung Niederösterreichs wird sich bald ihr Urteil über die Nazi gebildet haben. Eine Partei, deren Tätigkeit in groben Beschimpfungen besteht, kann nicht ernst genommen werden. Der Landtag steht vor großen Aufgaben. Das Land leidet schwerer als andere unter der Krise. Arbeiter, Bürger und Bauer warten auf Hilfe. Der Landtag muß arbeiten. Wenn ihn die Nazi daran hindern, dann wird sie der Volkszorn bald davonjagen.

### Der Verlauf der Sitzung.

Der Landtag hielt am 23. Juni eine Sitzung ab. Den Vorsitz führte Präsident Fischer.

#### Nachruf für Anton Jag.

Der Präsident teilte zu Beginn der Sitzung mit, daß heute nachts in Waidhofen an der Ybbs der ehemalige christlichsoziale Landesrat Anton Jag einem Herzleiden erlegen ist. Er stand im 62. Lebensjahre. Der Präsident hielt dem Verstorbenen einen warmen Nachruf. Jag war ein aufrichter Republikaner, der auch von uns Sozialdemokraten geachtet und geschätzt wurde.

#### Die Wahl des Landeshauptmannes.

Der erste Punkt der Tagesordnung war die Wahl des Landeshauptmannes. Der Präsident brachte den bekannten Brief des Doktor Buresch zur Kenntnis, in dem er seine Stelle als Landeshauptmann zurücklegt. Als Kandidaten wurden von den Parteien nominiert: Von den Christlichsozialen der bisherige Landeshauptmann Dr. Buresch, von den Sozialdemokraten Landeshauptmannstellvertreter Helmer, von den Nationalsozialisten Landesrat Leopold.

Vor Eingang in den Wahlakt stellte Abgeordneter Leopold (Nationalsozialist) den Antrag, vorerst eine Debatte zur Frage der Wahl abzuführen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Diese Ablehnung gab das Signal zu äußerst stürmischen Ausbrüchen.

#### Der erste Zusammenstoß.

Die Nationalsozialisten wandten sich in heftigen Zwischenrufen gegen diese Ablehnung. Sie warfen den Christlichsozialen die schwarze Koalition vor und fragten, was die Sozialdemokraten für ihre Zustimmung zu der Wahl bekommen hätten. Sie riefen: Was habt ihr bekommen, das Aufmarschverbot? Da habt ihr eine Dispensehe eingegangen.

Schneidmahl (Sozialdemokrat): Ihr seid vom Verstand dispensiert!

Dr. Gzermal (Christlichsozialer) zu den Nazi: Warum wollt ihr denn hier schwächen, arbeiten, lieber!

Prader zu Rentmeister: Sie verpfuschte Hitler-Karikatur.

Nutriß (Nationalsozialist): Sie mißlungener Birkenabzug der Natur.

Schneidmahl (Sozialdemokrat): Wenn ihr Maskerade spielen wollt, kommt lieber im Kostüm.

Aus den Reihen der Sozialdemokraten ertönen Rufe: „Guer Frauenfeld schreibt jüdische Novellen ab, der Saugakt!“

Nutriß: Das sind die Christen, die sich mit den Roten gefunden haben. Ihr Scheinrisiken!

Schneidmahl zu Nutriß: Gehen Sie zu Wagner-Jauregg!

Nutriß: Eine Gemeinheit zu sagen, ich gehöre ins Narrenhaus. (Lachen im Hause.) Ja, so behandelt ihr Kriegsinvalide, wo wart ihr im Kriege, Hinterlandstarbenderer, für diese Scheine haben wir gekämpft!

Hierauf bricht ein Enttäuschungssturm auf den Bänken der Christlichsozialen los. Abgeordneter Elmdner, Bösch und Scharmitzer stürmen mit erhobenen Fäusten gegen die Bänke der Nationalsozialisten und es droht zu Tätlichkeiten zu kommen, insbesondere findet zwischen Scharmitzer und Leopold eine heftige Auseinandersetzung statt.

Gzermal ruft zu den Nationalsozialisten: Seid ihr hier geschickt worden um Krawall zu machen?

Scharmitzer: Ruhig ihr Schwächer.

Nutriß: Ihr Dickhäuter habt zu kuscheln, mit euch kann man nicht gemein genug sein!

Leopold: Wir sind hereingekommen, um das Volk von den Parlamentariern zu befreien, die, soweit sie nicht gestohlen haben, zugehauen wie andere gestohlen haben.

Dr. Weiser erregt auffpringend: Das ist eine Gemeinheit; was sind das für Pauschalverdächtigungen! Namen nennen!

Scharmitzer tritt mit erhobener Faust auf Leopold zu und schon glaubt man, daß Tätlichkeiten nicht mehr aufzuhalten seien, als sich Ordner zwischen die Vantrischen drängen.

Leopold auf den Zwischenruf des Dr. Weiser reagierend: Ja, es gibt Parlamentarier die gestohlen haben, wenn auch nicht hier in diesem Hause.

In dem fortwährenden Lärm unterbricht der Präsident die Sitzung.

Nach kurzer Zeit, nachdem sich der Lärm etwas gelegt hat, nimmt der Präsident die Sitzung wieder auf und führt den Namensaufruf zur Wahl des Landeshauptmannes wieder weiter.

Langer (Nationalsozialist) ruft zu den Sozialdemokraten: Wen werdet ihr denn heute wählen?

Büchler (Sozialdemokrat): Schmeckel (Bustimmesbes Lachen.)

Beim 1. Wahlgang wurden 55 gültige Stimmen abgegeben (Abgeordneter Höller ist erkrankt). Es entfielen auf Landeshauptmann Dr. Buresch

27, auf Landeshauptmannstellvertreter Helmer 20 und auf Landesrat Leopold 8 Stimmen. Hierauf unterbricht der Präsident die Sitzung auf 30 Minuten.

#### Die Sozialdemokraten und die Wahl des Landeshauptmannes.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung gab Landeshauptmannstellvertreter Helmer namens der Sozialdemokraten folgende

### Erklärung

In der konstituierenden Sitzung des Landtages haben wir Sozialdemokraten durch eine Parteierklärung unsere Stellung sowohl in politischer wie auch in verfassungsrechtlicher Beziehung dargelegt. Wir haben die Verantwortung der bisherigen bürgerlichen Mehrheitsparteien, die durch mehr als ein Jahrzehnt das Land beherrschten für den trostlosen Zustand festgestellt, in dem sich das Land, Niederösterreich befindet. Unverrückbar auf dem Boden dieser Erklärung stehend, stellen wir daher neuerlich mit Nachdruck fest, daß die Sozialdemokratie, die die

#### Interessen der arbeitenden Menschen dieses Landes in Stadt und Dorf

bertritt, dem wirtschaftsfeindlichen und unsozialen System der bürgerlichen Verwaltung mit Mißtrauen gegenübersteht. Wir werden den Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit und clerikale Fortschrittsfeindlichkeit der Parteien des kapitalistischen Systems einschließlich ihrer faschistischen Trabanten mit nachdrücklicher Schärfe führen. Unsere oberste Sorge gilt dem um seine Existenz schwerverringenden Volke von Niederösterreich, gilt vor allem den um das nackte Leben kämpfenden Arbeitslosen des Landes. Unsere Anträge, die das harte Los dieser unschuldigen Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erleichtern sollen, sind eingebracht. Wir werden auf deren Erledigung noch in der Sommer-tagung des Landtages bestehen.

Die Neuordnung der Kräfteverhältnisse im Landtag hat ergeben, daß die christlichsoziale Partei im Landtag zwar die stärkste Partei ist, aber über keine Mehrheit mehr verfügt. Die Wahl des Landeshauptmannes bei der konstituierenden Sitzung ist

#### gegen die Verfassung

erfolgt. Wir haben die Art der Durchführung der Wahl als verfassungswidrig bekämpft, dagegen Protest erhoben und unsere Anträge bei der konstituierenden Sitzung des Landtages eingebracht. In einer Beschlusse beim Verfassungsgerichtshof haben wir gegen die Wahl des Landeshauptmannes angeklagt. Selbst wenn die Auffassung über die Gültigkeit der Wahl nicht so eindeutig festgestanden wäre, hätte sie nicht vor Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit durchgeführt werden dürfen. Die Art der Durchführung hat dem Ansehen des Landtages geschadet und eine Arbeitsmäßigkeit nicht gefördert. Zur Wahrung des gesetzmäßigen Vorgehens ist in erster Linie der Präsident des Landtages berufen. Es ist seine Pflicht, die Wahl streng nach der Landesverfassung durchzuführen. Die Nichtbeachtung der Landesverfassung und die Nichtzulassung der gestellten Geschäftsordnungsanträge war eine

#### Mißachtung der Geschäftsordnung

durch den Präsidenten, gegen die wir neuerlich schärfsten Protest einlegen und die uns zwingt, dieser Geschäftsführung in Zukunft mit schärfstem Mißtrauen gegenüberzustehen.

Durch die von uns erzwungene Demission des verfassungswidrig gewählten Landeshauptmannes und seine nunmehr durchzuführende Neuwahl haben wir den verfassungsmäßigen Zustand in der Landesregierung wieder hergestellt.

Die Sozialdemokratie als eine Partei, die grundsätzlich auf dem Boden der Demokratie steht, anerkennt das Recht der stärksten Partei, den Landeshauptmann zu stellen, das der Pflicht der Verantwortung dieser Partei für die Führung der Landesverwaltung entspricht. Wir sind aber nicht in der Lage, einem Kandidaten der Christlichsozialen Partei, der wir nach wie vor im schärfsten Kampfe gegenüberstehen, unsere Stimmen zu geben. Aus dem Grunde werden wir uns an der Wahl des Landeshauptmannes weiterhin nicht beteiligen und überlassen es der stärksten Partei, für das Zustandekommen der Wahl zu sorgen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Nach dieser Erklärung verließen die Sozialdemokraten den Sitzungssaal.

Langer (Nationalsozialist) ruft zu den Christlichsozialen: Um 80 Schilling Judaslohn habt ihr gepadelt.

Dr. Gzermal (Christlichsozialer): Wer hat einen Judaslohn bekommen?

#### Wieder ein Krach.

Während die Christlichsozialen und Nazi ihre Stimmen abgegeben, kommt es zu neuerlichen heftigen Zusammenstößen.

Rentmeister und Nutriß rufen Scharmitzer zu: Wieviel Grund haben Sie beim Verkauf der kirchlichen Güter in Maken bekommen?

Scharmitzer stürzt mit den Rufen: „Sie Lügner, Sie Verleumder!“ auf die beiden Abgeordneten zu und es war wieder hart an Tätlichkeiten.

Auf der Galerie klatschten einige Nazi Beifall. Die Christlichsozialen stürmen gegen die Galerie und verlangen, daß die Rufe aus dem Saale entfernt werden. Der Präsident unterbricht die Sitzung, einer der Zwischenrufer wird von den Dienern aus dem Saale entfernt. Als halbwegs Ruhe eingetreten war, nimmt der Präsident die Sitzung wieder auf und teilt das Ergebnis der inzwischen durchgeführten Wahl mit.

#### Dr. Karl Buresch ist zum Landeshauptmann gewählt.

Von 85 abgegebenen Stimmen entfielen 27 auf Dr. Karl Buresch und 8 auf den Nationalsozialisten Josef Leopold. Der neugewählte Landeshauptmann wird sodann eingeführt und bei seinem Erscheinen von seinen Parteigenossen mit stürmischen Rufen und Händeklatschen begrüßt.

Die Sozialdemokraten erscheinen wieder im Saale. Landeshauptmann Dr. Buresch erklärt die Wahl anzunehmen und leistet sofort die Ansgelobung.

#### Buresch spricht, die Nazi stören ihn.

Landeshauptmann Dr. Buresch gibt dann eine Erklärung ab. Die Nazi machen viele Zwischenrufe. Buresch sagt: Ich habe mich der Neuwahl unterworfen, weil ich jeden Schein

von Rechtswidrigkeit vermeiden wollte und darauf Wert legte, auch nur die Möglichkeit einer Rechtsunsicherheit zu beseitigen, da ich tagtäglich in die Lage komme, Verwaltungsakte zu setzen. Zu den Nazi sagt er: Ich habe nicht die Absicht, auf Unmanierlichkeiten zu reagieren, wie sie zu mir gesprochen wurden. (Lebhafte Zwischenrufe). Das Urteil darüber, ob die Methode, die seit einigen Wochen hier im Hause von der rechten Seite geübt wird, die richtige ist, überlasse ich getrost den Niederösterreichern. (Stürmischer Beifall bei den Christlichsozialen, Widerspruch bei den Nationalsozialisten.) Unsere Bevölkerung hat für derartiges Vorgehen ein sehr feines Empfinden und hat jetzt gesehen, wie Sie, meine Herren von der Rechten, hier im Landtage sozusagen zu arbeiten geübt sind. Ich verwahre mich auf das entschiedenste gegen die Methode, mit der hier im Landtage, der Stätte jahrelanger fleißiger Arbeit, vorgegangen wird. (Stürmische Zustimmung.) Wir Niederösterreicher pflegen nicht mit großen Worten herumzuwerfen, wir haben nicht die Gewohnheit uns zu beschimpfen, aber merken Sie sich, meine Herren von rechts: Wie Sie in den Wald hineinrufen, so wird es auch Ihnen entgegenfallen! (Lauter Beifall bei den Christlichsozialen.) Ich gehöre nicht zu denen, die sich der Politik zugewendet haben, weil sie nichts zu verlieren, sondern nur zu gewinnen hatten. Ich werde mein Amt gewissenhaft ausüben. (Zwischenruf auf nationalsozialistischer Seite: Wie bisher?) ja wohl, so wie bisher! Deswegen lassen mich auch die Vorwürfe des jungen Herrn aus Krems (Nutzth, d. N.) vollständig kalt. (Beifall bei den Christlichsozialen, Zwischenrufe des Abgeordneten Nutzth.)

**Der Naziredner.**

Landesrat Leopold (Nationalsozialist) polemisiert gegen die Ausführungen des Landeshauptmannes. Alles was Dr. Buresch während der letzten zehn Jahre gemacht habe, komme der Auslieferung des Volkes und der Volkswirtschaft an das Ausland gleich. (Lauter Widerspruch auf den Wänden der Christlichsozialen.) Er sei es gewesen, der im Herbst des Vorjahres die Kreditanstalt... In dem nun entstehenden Lärm werden die Ausführungen des Redners unverständlich. Die Christlichsozialen rufen: „So zu reden ist eine Schande.“

**Lowatschek:** Mit solchen Frechheiten wollt Ihr das Volk aufheizen!

Landesrat Leopold fortfahrend: Der Kreditanstaltskanzler hat uns den Franzosen ausgeliefert.

**Lowatschek:** So eine Demagogie!

Landeshauptmann Dr. Buresch: Schämen Sie sich, Herr Leopold. Ich habe von Ihnen als Offizier eine höhere Meinung gehabt. So redet kein Offizier! (Leopold ist Hauptmann.)

Landesrat Leopold spricht, von fortwährenden leidenschaftlichen Zwischenrufen unterbrochen, fort, ohne sich jedoch Gehör zu verschaffen.

**Christlichsoziale und Nazi rausen.**

Es hagelt Zwischenrufe: Plötzlich springen die Christlichsozialen auf und eilen gegen die Wände der Nationalsozialisten zu. Es entsteht ein ungeheurer Tumult, in dem die Worte des Redners, der seine Stimmittel aufs äußerste anstrengt, untergehen. Die Christlichsozialen rufen dem Abgeordneten Leopold zu: Unerhör! So eine Gemeinheit! Schluß! Nur allmählich legt sich der große Lärm. Rentmeister ergreift seine Aufmerksamkeit und schlägt drein. Frendinger, Galler und Scharmizer gehen gegen die Nazi los. Man hört Ohsefeigen Klatschen.

Leopold will seine Rede fortsetzen. Die Christlichsozialen stampfen mit den Füßen und rufen: Schluß mit der Verbeugung, hier wird nicht mehr geredet!

Leopold will dann gegen die Sozialdemokraten sprechen.

Landeshauptmannstellvertreter Helmer: Komödianten seid Ihr. Wie war es denn in Krems?

(Dort wurde mit den Stimmen der Christlichsozialen ein Nazi zum Bürgermeister gewählt!)  
**Büchler:** Braune Wursteln!  
 Leopold will dann weiterreden, seine weiteren Ausführungen gehen in dem großen Lärm unter. Die Sozialdemokraten rufen im Sprechchor: **Krems! Krems! Krems!**  
 Dazwischen hört man Rufe bei den Sozialdemokraten: Was ist mit Eurer Kremsler Koalition? Ihr braunen Wursteln, Ihr Sieghartshausen!

**Die Notlage der Gemeinden.**

Abgeordneter Czermak referierte über die Einhebung von Steuerzuschlägen in mehreren Gemeinden. Ein Antrag wegen Vereinigung der Ortsgemeinden Augenthal und Saugsdorf wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

In der Debatte hielt Landesrat Genosse Schneidmahl eine große, eindrucksvolle Rede, die wir an anderer Stelle des Blattes veröffentlichen.

**Der Nazi blamiert sich.**

Auf die sachlichen Ausführungen Schneidmads erwiderte der Nazi Höfinger mit einer lächerlichen, phrasenreichen Rede, in denen er den Gemeinden den Rat gab, sie mögen halt sparen. Als er gefragt wurde, wo man sparen soll, blieb der Nazi natürlich die Antwort schuldig.

**Schneidmahl rechnet mit den Nazi ab.**

Der Naziredner Höfinger, der so unvorsichtig war, im Landtag eine seiner üblichen Versammlungsvreden zu halten, bekam sofort die verdiente Abfuhr. Genosse Schneidmahl meldete sich nochmals zum Wort und zeigte in einer glänzenden Rede den ganzen Nazi schwindelf. Wir bringen auch diese Rede, die auf das ganze Haus stärksten Eindruck machte, an einer besonderen Stelle des Blattes zum Ausdruck.

**Der Nazi Rentmeister droht mit dem Galgen.**

Dann spricht der Nazi Rentmeister. Er sagte zu den Sozialdemokraten: Sie werden noch einmal legal aufgehängt werden, dafür garantiere ich Ihnen.

**Helmer (Sozialdemokrat):** Sie faschistischer Flohbeutel!

**Rentmeister:** Wenn Sie uns Faschismus vorwerfen, dann erkläre ich, daß Faschismus und wir nicht identisch sind.

**Schneidmahl:** Ihr feigen Subjekte, nicht einmal zu Eurem Programm bekennst Ihr Euch!

**Reitmayer (Sozialdemokrat):** Schauen Sie nur nach Koburg und nach Braunschweig! Rentmeister: Schauen Sie auf Preußen, das Sie in eine Kloake verwandelt haben.

**Schneidmahl:** Einberstanden! Schauen wir nur nach Preußen, wer hat denn dort die Arbeitslosenunterstützung und die Invalidenrente gekürzt, in Eurem Papendentschland?

**Reif (Sozialdemokrat):** Ihr habt die Pappen so weit aufgerissen, bis der Papen da war!

**Rentmeister:** Ihr seid alle miteinander nur Scharlatane. Ihr könnt uns den Eid abnehmen: Bevor der Marxismus hier noch einmal eine Rolle spielen sollte, ist eher der Letzte von uns tot! (Geisterlichkeit bei den Sozialdemokraten.)

**Rentmeister** fortfahrend: Wir werden Euch schon die Rechnung machen. Keine Immunität wird Euch vor der Schlinge retten, Ihr Wursteln von der Rechten!

Einige sozialdemokratische Abgeordnete springen von ihren Sitzen auf und stürzen sich gegen die Wände der Nationalsozialisten.

**Rislinger (Sozialdemokrat):** Drohen Sie nur, Sie werden das Fliegen rascher lernen als Sie denken!

**Reif (Sozialdemokrat):** Ihr werdet die Käufe dieser Wursteln von der Rechten schon noch spüren.

**Bösch (Sozialdemokrat):** Euch wird noch Hören und Sehen vergehen, Ihr Marodeure der Wirtschaftskrisis!

Nur mit Mühe gelingt es den Ordnern, die beiden Gruppen, die immer näher aneinandergeraten, wieder zu trennen.

Der Präsident ruft dann den Abgeordneten Rentmeister wegen mehrerer, im Verlaufe seiner Ausführungen gebrauchten, beleidigenden Ausdrücke zur Ordnung.

Der Referent Dr. Czermak erklärt im Schlußwort, daß viele der vorgeschlagenen Zuschläge gar keine neuen Belastungen sind, denn nach einem Landesgesetz müssen Umlagen über 50 Prozent jedes Jahr dem Landtag neu vorgelegt werden. Im Verfassungsausschuß hat sich auch keine Stimme gegen diese Umlagen erhoben und auch in der heutigen Debatte ist kein Wort davon gesprochen worden, daß diese Zuschläge nicht notwendig wären. Wir haben übrigens von den 1720 niederösterreichischen Gemeinden 144 Gemeinden, die nicht ein Prozent Umlage einheben. Die Bauhalberverordnungen gegen die Gemeinden muß ich zurückweisen. Wenn die Gemeinden ihre Verpflichtungen erfüllen sollen, muß man ihnen auch die entsprechenden Umlagen zubilligen.

Die Vorlagen werden dann mit den Stimmen der Christlichsozialen und Sozialdemokraten angenommen.

**Eine neue Feuerpolizeiordnung.**

Nach einem Bericht des Abgeordneten Rislinger (Sozialdemokrat) wird dann eine Abänderung der Feuerpolizeiordnung für Niederösterreich mit Ausnahme der Städte St. Pölten und Wiener-Neustadt beschlossen. Darnach sind offene Küchen und schließbare Rauchfänge alle drei Monate zu kehren. Bei stärkerer Heizung kann auch eine öftere Reinigung angeordnet werden.

Nach einem Bericht des Abgeordneten Klieber wird die Änderung des Namens der Ortsgemeinde St. Valentin — zerstreut im politischen Bezirk Neunkirchen — in „Steyersberg“ genehmigt.

**Haag zur Stadt erhoben.**

Abgeordneter Latschenberger (Christlichsozialer) referiert über den Antrag des Verfassungsausschusses, die Gemeinde Markt Haag im politischen Bezirk Amstetten zur Stadt zu erheben. Der Berichterstatter führte aus, daß der Ort urkundlich schon zu Beginn des 12. Jahrhunderts erwähnt wird. Der Ort dürfte eine Gründung des Hochstiftes Bamberg sein. Schon seit dem Jahre 1431 trägt Haag die nachweisbare Bezeichnung Markt, was sicherlich mit der Verleihung einer Marktberechtigung zusammenhängt, auch eine Urkunde Friedrich III. von 1464 spricht von einem Markt- und Bürgerrechte des Ortes. Heute zählt Haag 1442 Einwohner, ist der Sitz mehrerer Behörden und ist auch ein bedeutender Verkehrsknotenpunkt für die landwirtschaftliche Bevölkerung der Umgebung und weist in den letzten Jahren einen stets steigenden Fremdenverkehr auf.

Die Erhebung zur Stadt wurde einstimmig beschlossen.

Die Berichte der Abgeordneten Klieber, Lowatschek, Dr. Magerl (Christlichsozialer), Betsner, Popp, Reif (Sozialdemokraten) und Scharnitzer (Christlichsozialer) wurde noch einer Reihe von Gemeinden die Bewilligung zur Einhebung höherer Gemeindezuschläge erteilt.

Damit war diese Sitzung, die für die Nazi so unglücklich verlief, zu Ende. Schön langsam wird es doch gelingen, den Nazi anständigen Umgangsformen beizubringen. Freilich, da ist noch viel Erziehungsarbeit zu leisten.

**Großgrundbesitzer auf exekutivem Wege hereingebracht werden können.**

**Helft bei Elementarkatastrophen. Errichtet einen Notstandsfonds.**

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Mentast, Popp, Kaminger und Genossen haben einen Antrag eingebracht: Das Land Niederösterreich wurde in den letzten Jahren wiederholt von schweren Elementarkatastrophen heimgesucht. Hagelkatastrophen, Frost- und Hochwasserschäden haben schon viele Bewohner an den Bettelstab gebracht. Es ist Pflicht der Gesamtheit, in solchen Fällen schnell und ausgiebig zu helfen. Damit dies geschehen kann, müssen Mittel bereitgestellt sein. Landtag und Landesregierung können dann erst den schwer Betroffenen die notwendige Hilfe angedeihen lassen. Die bisherigen Notstandaktionen aus öffentlichen und privaten Mitteln sind zumeist nur lärglich. Dazu kommt, daß die Verteilung oft einseitig durch parteipolitischen Erwägungen vorgenommen und dadurch die Not dieser Bevölkerungssteile für politische Zwecke ausgenützt.

Die Schaffung eines Notstandsfonds ist aus diesen Gründen, aber auch besonders mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Landes notwendig.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:  
 1. Der anschließende Gesetzentwurf wird genehmigt.

2. Die Landesregierung wird aufgefordert, zwecks Errichtung dieses Notstandsfonds sofort das Erforderliche zu veranlassen.

**Gesetz**

vom . . . . . 1932.

Der Landtag von Niederösterreich hat beschlossen:

**§ 1.**

Bei der niederösterreichischen Landesregierung wird ein Notstandsfonds gebildet; er genießt Rechtspersönlichkeit.

**§ 2.**

Die Mittel des Notstandsfonds sind zur Unterstützung von Einwohnern des Landes zu verwenden, die durch Elementarkatastrophen in ihrer wirtschaftlichen Existenz schwer bedroht oder erschüttert sind.

**§ 3.**

Der Notstandsfonds wird von der Landesregierung verwaltet.

**§ 4.**

Dem Notstandsfonds fließt ein Prozent des Gesamtjahresertrages der Landesrealsteuer zu; das Erträgnis der von der Landesregierung anlässlich von Elementarkatastrophen veranstalteten Sammlungen ist durch die Fondsverwaltung zur Verteilung zu bringen.

**§ 5.**

Zur Ermittlung von Schäden bedient sich der Notstandsfonds in den einzelnen Gemeinden des Landes besonderer Notstandskommissionen; diese werden in sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen der Gemeindevahlordnung über die Gemeindevahlkommission gebildet.

**§ 6.**

Mit der Durchführung dieses Gesetzes ist die Landesregierung beauftragt.

**Gegen die Auflösung von Steuerämtern.**

Die Genossen Dittelbach, Popp, Pauppill und Reitmayer haben wegen der geplanten Auflösung von Steuerämtern in Niederösterreich folgende Anträge gestellt: Die Tagespresse beschäftigt sich in letzter Zeit mit der angeblichen Absicht der Bundesregierung, Steuerämter, insbesondere in Niederösterreich, in größerer Zahl aufzulassen. Abgesehen davon, daß eine solche Maßnahme für die steuerzahlende Bevölkerung eine ungeheure Erschwerung bedeutet, ist sie für die betreffenden Gemeinden eine geradezu katastrophale wirtschaftliche Schädigung. Die Gefertigten stellen daher an den Herrn Landeshauptmann nachfolgende Anfrage:

1. Ob tatsächlich Pläne wegen Auflösung von Steuerämtern in Niederösterreich bestehen?
2. Ist der Herr Landeshauptmann bereit, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, damit die Auflösungen unterbleiben?

**Strassenwärter, die seit drei Monaten kein Gehalt erhielten!**

Die Sozialdemokraten fordern die Beseitigung dieses unmöglichen Zustandes!

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Mentast, Dittelbach, Büchler, Bösch und Genossen haben wegen der Nichtauszahlung der Gehälter an die niederösterreichischen Strassenwärter folgenden Antrag eingebracht: In verschiedenen Bezirksstrassenausschüssen des Landes Niederösterreich werden seit zirka drei Monaten an die Bezirksstrassenwärter keine Gehälter ausbezahlt. Die Strassenwärter, die im Gegensatz zu anderen Landesbediensteten ihr Gehalt im nachhinein beziehen, kommen durch diese Praxis in eine wirtschaftlich ganz unmögliche Situation und verschulden sich zusehends. In einzelnen wird überhaupt jeder Kredit von den Kaufleuten usw. verweigert. Solche Zustände sind nicht nur des Landes Niederösterreich unwürdig, sondern führen dazu, daß die so notwendige Strassenhaltung ungewisselhaft vernachlässigt wird.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:  
 Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, sofort die notwendigen Mittel den Bezirksstrassenausschüssen zur Verfügung zu stellen, damit die Bediensteten dieser Körperschaften sofort in den Besitz ihres rechtmäßig zustehenden Gehaltes kommen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, vorzusehen, daß in Zukunft an diese Kategorien von Angestellten das Gehalt rechtzeitig ausbezahlt wird.

**Eine Notstandsaktion für das Piestingtal.**

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Büchler, Helmer, Rislinger und Genossen haben einen Antrag eingebracht, der die sofortige Durchführung einer Notstandsunterstützungsaktion zugunsten der durch die Hagelwetterkatastrophe betroffenen Bewohner der Gemeinden des Piestingtales verlangt. Der Antrag lautet: Am Montag, den 20. Juni 1932, ging über das Piestingtal ein furchtbarer Hagelschlag nieder. Die Kulturen in den Gemeinden Sd, Waldbegg, Wöfing, Dreifetten, Piesting, Ober-Piesting, Willersdorf, Steinbrüdl, Magendorf, Bernis und Gutenstein sind fast völlig vernichtet. Die Bezirksstrassen wurden auf weiten Strecken vermurrt. Durch diese Katastrophe sind sowohl die Landwirte um ihre Ernte gebracht, in ihrer Existenz bedroht, als auch die Arbeitslosen jeder Arbeitsmöglichkeit beraubt.

Die Gefertigten stellen daher nachfolgenden Antrag:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, sofort eine Notstandsaktion zugunsten der von der Hagelkatastrophe betroffenen Bewohner des Piestingtales einzuleiten.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Wasserbauabteilung anzuweisen, in der Gemeinde Magendorf die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, um zum Schutze vor Überschwemmungen den Abfluß größerer Niederschlagsmengen zu ermöglichen.

**Anträge der Sozialdemokraten im Landtag.**

Die Sozialdemokraten haben in der Landtagsitzung vom 23. Juni 1932 folgende Anträge eingebracht:

**Die Großgrundbesitzer müssen ihre rückständigen Steuern bezahlen.**

**Weg mit den Fideikommissen!**

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Dittelbach, Rislinger, Popp und Genossen haben wegen der hereinbringung der Steuerrückstände von den Großgrundbesitzern folgenden Antrag gestellt: Die finanziellen Verhältnisse des Landes sind außerordentlich schlecht geworden. Die laufenden Ausgaben können nicht bestritten werden, weil die Kassen des Landes leer sind. Monatlang müssen die Lieferanten des Landes auf die Bezahlung ihrer Rechnungen warten. Die Bezirks-, Straßen- und Fürstengeräte und die Gemeinden, die Spitäler verwalten, werden von Termin zu Termin mit den Zahlungen vertröfelt. Nun sollen auch die Beamten und Lehrer des Landes ihre Bezüge nur mehr in Teilbeträgen ausbezahlt erhalten. Die Not des Landes ist also auf das Schlimmste gestiegen.

In dieser verzweifeltsten Situation muß die Landesregierung alles anwenden, um die Mittel zur Weiterführung des Landeshaushaltes zu ermöglichen. Dazu gehört die hereinbringung längst fälliger Steuern von den Großgrundbesitzern.

Im Vorjahr wurde anlässlich der Auszahlung des Notopfers an die Landwirte auf diese ein

Druck des Bundes und der Länder ausgeübt, dieses Notopfer hauptsächlich zur Bezahlung der Steuerrückstände zu verwenden. Tatsächlich wurde damals auch ein größerer Teil der rückständigen Grundsteuer von Seiten der Mittel- und Kleinbauern bezahlt. Nicht bezahlt aber hat der größte Teil der Großgrundbesitzer, trotzdem diese aus dem Notopfer den sehr namhaften Betrag von über 2 Millionen Schilling erhalten haben. Land, Bezirke und Gemeinden haben von den Großgrundbesitzern über 3 Millionen Schilling an rückständiger Grundsteuer zu fordern. Schon seit mehr als einem halben Jahre hört man, daß mit der Organisation der Großgrundbesitzer wegen der Steuerzahlung verhandelt wird, greifbaren Erfolg haben aber die Verhandlungen nicht gehabt. Dagegen sind im Laufe dieser Zeit bei anderen Bürgern unseres Landes Tausende von Steuerregulationen vorgenommen worden. Dieser Zustand ist aufreizend und verlangt rascheste Abstellung.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

**Der Landtag wolle beschließen:**

1. Die Landesregierung wird beauftragt, sofort alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Großgrundbesitzer zu zwingen, endlich ihre rückständigen Grundsteuer zu zahlen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung mit größtem Nachdruck die Aufhebung der Fideikommissen zu verlangen, damit gegebenenfalls die Steuerrückstände der

Großgrundbesitzer auf exekutivem Wege hereingebracht werden können.

**Helft bei Elementarkatastrophen. Errichtet einen Notstandsfonds.**

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Mentast, Popp, Kaminger und Genossen haben folgenden Antrag eingebracht: Das Land Niederösterreich wurde in den letzten Jahren wiederholt von schweren Elementarkatastrophen heimgesucht. Hagelkatastrophen, Frost- und Hochwasserschäden haben schon viele Bewohner an den Bettelstab gebracht. Es ist Pflicht der Gesamtheit, in solchen Fällen schnell und ausgiebig zu helfen. Damit dies geschehen kann, müssen Mittel bereitgestellt sein. Landtag und Landesregierung können dann erst den schwer Betroffenen die notwendige Hilfe angedeihen lassen. Die bisherigen Notstandaktionen aus öffentlichen und privaten Mitteln sind zumeist nur lärglich. Dazu kommt, daß die Verteilung oft einseitig durch parteipolitischen Erwägungen vorgenommen und dadurch die Not dieser Bevölkerungssteile für politische Zwecke ausgenützt.

Die Schaffung eines Notstandsfonds ist aus diesen Gründen, aber auch besonders mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Landes notwendig.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:  
 1. Der anschließende Gesetzentwurf wird genehmigt.

# Stadt- und Landpost aus der Eisenwurzen

## Amstetten, Gemeinderatsitzung.

Dienstag, den 21. Juni, hielt der Gemeinderat Sitzung. Der Rechnungsabschluss des städtischen Elektrizitätswerkes, über den Gemeinderat Genosse Maurer referierte, wurde nach längerer Debatte einstimmig genehmigt. Ebenso fand der Revisionsbericht einstimmige Annahme. Der Antrag auf Weitereinhebung der 20prozentigen Gemeindeabgabe für elektrischen Strom, ferner der Rechnungsabschluss des Krankenhauses wurden einstimmig angenommen. Der Rechnungsabschluss des städtischen Friedhofes wurde ohne Debatte genehmigt. Über den Bau des neuen Zentralkindergartens berichtete Bürgermeister Reisch. Der Baubeginn hat durch die saumfällige Behandlung der niederösterreichischen Landesregierung eine Verzögerung von ungefähr zwei Monaten erlitten. Nun liegen aber die Pläne vor und es wird die Ausschreibung und Vergebung der Arbeiten tuncächst beschleunigt werden, so daß mit dem Beginn der Bauarbeiten im ersten Drittel des Monats Juli zu rechnen ist. Auch besteht die Aussicht, daß mit dem Bau des Arbeitslosenamtes in der Mozartstraße noch im Sommer dieses Jahres begonnen werden wird. Über die Weiterführung der Winterhilfsaktion berichtet Vizebürgermeister Alderl. Es bestehe nur die Möglichkeit, bei dem Kapitel Subventionen einen Betrag von zirka 2000 Schilling zur Linderung der Not wegzunehmen und dadurch wenigstens die Auspeisungsaktion für die Kinder der Ausgesteuerten fortsetzen zu können. Dieser Vorschlag wird auch zum Beschluß erhoben. Ferner wird versucht werden, durch private Spenden eine Auspeisungsaktion für Kinder von Ausgesteuerten ins Leben zu rufen. Das Ansuchen der Frau Sterbenz und des Herrn Kaspar um käufliche Überlassung einer Baugrundparzelle in der Brandströmstraße wird durch den Referenten Brunert zur Ablehnung empfohlen, mit der Begründung, daß dadurch eine Neuparzellierung des ganzen Grundstückes notwendig werden würde. Dem Ansuchen Festners um Auflassung des Vorkaufrechtes, das auf seinem Hause, Dampfstraße 46, lastet, wird stattgegeben. Ferner berichtet Vizebürgermeister Alderl über einen Vorschlag der Finanzsektion, die auf den Siedlungshäusern lastenden Vorkaufrechte generell aufzulassen und dafür bei Verkäufen, die den Verdacht der Spekulation begründen, eine Konventionalstrafe in der Höhe des doppelten bis fünffachen Grundpreises einzusetzen. Dieser Vorschlag wird noch in der Wirtschaftssektion einer ein-

gehenden Beratung unterzogen werden. Außer der Tagesordnung berichtet Bürgermeister Reisch noch, daß die verstorbene Frau Bernadl den Ortsarmen von Amstetten den Betrag von 500 Schilling testamentarisch zuwendete. Ferner erlegen die Erben der Genannten zuhanden der Gemeinde den Betrag von 1000 Schilling Gold, wofür die Gemeinde die Verpflichtung zur Erhaltung und Schmückung des Grabes auf Friedhofbestandesdauer übernimmt. Gemeinderat Gschliffner beantragt den Weiterbau der Wasserleitung bei den Neubauten in Eggersdorf um ungefähr 100 Meter. Wird beschlossen. Gemeinderat Rozak stellt an den Bürgermeister eine Anfrage betreffs Autofahrverbotes im Graben. Hierzu bemerkt Gemeinderat Zemanek, daß dieses Verbot auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden könne, wenn es nicht von den einheimischen Kraftfahrern in erster Linie respektiert werde. Gemeinderat Pils fragt an, warum die Kirchenstraße, welche laut Gemeinderatsbeschluss als Einbahnstraße erklärt sei, auch noch in der entgegengesetzten Richtung befahren wird. Vizebürgermeister Alderl erwidert, daß die bestellten Verkehrszeichen noch nicht eingelangt seien. Gemeinderat Bollmar stellt eine Anfrage an den Bürgermeister, ob das Fahren mit Kraftwagen und Automobilen auf den Wegen auf der Schulwiese bis zum Bad erlaubt sei. Bürgermeister Reisch erwidert, daß vor einiger Zeit eine flotte Gesellschaft sich die Fahrt mit dem Auto bis zum Bad erlaubt habe und dafür auch mit einer Geldstrafe belegt worden sei. Gemeinderat Hammer bringt die Entfernung der Anschlagtafel der sozialdemokratischen Partei auf dem alten Bezirksgerichtsgebäude zur Sprache und erklärt, daß die Partei neuerlich um die Genehmigung zur Aufstellung eines Plakates zur Unterstützung eines Plakates auf dem Hauptplatz einschreiten werde. Gemeinderat Hammer fragt auch an, wie es mit der Sportplatzfrage stehe. Bürgermeister Reisch beantwortet die gestellten Fragen dahingehend, daß der Schaufkasten der sozialdemokratischen Partei infolge einer Beschwerde des Herrn Roman Sopperwieser gleichzeitig mit dem Schaufkasten der nationalsozialistischen Partei entfernt worden sei. Betreffs des Sportplatzes erklärt Bürgermeister Reisch, daß die Angelegenheit an dem Widerstand des Besitzers des Raingrubengutes, Herrn Halbartshöfler, gescheitert sei, weil derselbe den Zugang zu dem in Aussicht genommenen Sportplatz über seine Gründe nicht gestatte. Hiemit war die Tagesordnung erledigt.

## Nazitreffen in Amstetten

Also, nun haben die Nazi auch Amstetten mit ihrem Besuch beehrt. Wir fühlen uns verpflichtet, den Herren für ihre Bemühungen den verbindlichsten Dank auszusprechen. War es doch ungemein nützlich, daß die Bevölkerung Amstettens Gelegenheit hatte, zu sehen, wer wirklich hinter dieser „deutschen Freiheitsbewegung“ steht. Wahrlich, die Herren Roczirz, Kollara, Mitterndorfer, Brunner können stolz sein, daß es ihnen gelungen ist, von tausenden SA- und SS-Leuten und der Hitler-Jugend, die sie prophezeien nach Amstetten zu bringen, ganze 645 gezählte Mann aus weit und breit zusammenzurufen. Aus Wien, Oberösterreich, Niederösterreich waren sie gekommen, um Amstetten in ihren Besitz zu nehmen. Wie enttäuscht müssen die Männlein gewesen sein, als sie die Bevölkerung kennenlernten, die den besseren Weg wählte und sie ignorierte. Stiegen einem nicht die Haare zu Berge, wenn man sehen konnte, wie die obersten Führer, anstatt mit dem Feitzug zu geben, mit Lurusantos vorzuführen, um sich von den Strapazen des Marschierens zu bewahren. „Keine Herren“, mit Monofels, in echt militärischer Adjustierung, die der angeblichen Arbeiterpartei das richtige Gepräge gaben. Erinnern sie nicht an die Zeit des Kadavergehorsams? Kleinbürgerjugend und Arbeiter laufen ihnen nach mit der Hoffnung, daß sie es sein werden, die sie zu Menschenwürde und Menschentum führen werden. Wie dies Menschentum aussähen soll, hat man nun recht anschaulich sehen können. Hoffnungslose Menschen, die an keine Zukunft mehr glauben, haben sie zu ihren Dienern gemacht, Frauen, Mädchen, denen man versprochen, im „Dritten Reich“ würdiger zu leben, laufen mit Sakentkreuzen herum, obwohl auf der anderen Seite ein Führer sagt: „Die Frau muß wieder Magd und Dienerin werden.“ Wahrlich, wahrlich, arme Menschen, die keine andere Rettung mehr kennen als die des Sakentkreuzes! Unfassbarer Groll packt einen, wenn man sieht, daß so etwas im 20. Jahrhundert noch möglich ist. Die Herren Landtagsabgeordneten Langer und Leopold hielten pharisäerische Reden, in denen sie vom Deutschtum sprachen, von den jüdischen Ausbeutern, und dann brüllten sie Heil! Herr Langer aus St. Pölten, von Beruf Lehrer, ließ es sich nicht nehmen, be-

sonders über alle Nichtarier zu schimpfen. Nur einen Schönheitsfehler hatte das ganze, ihm, den Auserwählten, fehlt ganz das Aussehen zum arischen Führer. Nun, soll es sein wie immer, wir wissen eine Antwort, wir werden am 7. August in einer mächtigen Kundgebung gegen das Krüppelkreuz demonstrieren, wir werden ihnen zeigen, daß die große Zahl der arbeitenden Menschen kein Interesse an dummen, nichtsagenden Phrasen hat. Am 7. August werden wir marschieren, demonstrieren: gegen den völkerverdrängenden Faschismus, für den Sozialismus, für die Gleichberechtigung der Völker, für den Frieden, gegen den Krieg!

**Amstetten. (S o n n e n d.)** Die „deutschnationalen“ Vereine unter Führung des Deutschen Turnvereines feierten am 21. Juni Sonntag. Der Festzug zeigte, daß wirklich Aufwind in so manchen Fällen von größter Wichtigkeit wäre. Bei der der Feier anschließenden Kneipe wurden die schönsten Volkslieder, wie „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen!“, „Die Hitler-Junker ist da“ usw. gesungen. Besser aber würde das Lied gepakt haben, das da lautet: „Was kann der Nazida dafür, daß er ein Böhm ist?“

**Amstetten. Arbeiterstrandbad.** Der Arbeiter-Turnverein hat unterhalb der Allersdorfer Brücke an der Ybbs ein Arbeiterstrandbad errichtet, das zu besuchenden allen Genossinnen und Genossen empfohlen wird.

**Amstetten. Ortsgruppe der Österreichischen Bauergewerkschaft.** Den zugeteilten Zahlstellen Hausnummer, Neustadt, Blindenmarkt und Wallse sowie allen mit der Bauergewerkschaft sympathisierenden Arbeitskollegen, diene zur Kenntnis, daß die Ortsgruppenleitung ihr Heim ins Arbeiterheim, Erdaggerstraße 28, verlegt hat. Wir hoffen, daß unsere Mitglieder es begrüßen werden, daß endlich die Verlegung ins Arbeiterheim erfolgt ist. Es diene allen Bauarbeitern und Zahlstellen zur Kenntnis, daß Einzahlungen jeden Sonntag von 9 bis 11 Uhr stattfinden. Dort werden auch Auskünfte erteilt.

**Amstetten. Polizeibericht.** Am 13. Juni stießen beim Gasthaus Hühner zwei Autos — das eine war ein Schweizer Wagen — zusammen. Personen kamen dabei glücklicherweise nicht zu Schaden, hingegen

wurden beide Wagen beschädigt. — Dem Gesellschafter der Austria-Filmgesellschaft Sternheim aus Linz wurde am 13. Juni, um 12 Uhr mitternachts, aus seinem vor dem Café „Zentral“ stehendem Auto eine Rilschdecke im Werte von 50 S gestohlen. Gegen den Täter sind die Nachforschungen eingeleitet. — Am gleichen Tage stahl ein Mann im Magazin des Eisenhändlers Krois Werkzeuge im Werte von 20 S, die er dann in einem Rucksack in der Alten Zeile versteckte. Er ging dann in das Geschäft Krois, kaufte dort zwei Meißel. Nur erinnerten sich die Angestellten, den Mann vorher mit einem Rucksack weggehen gesehen zu haben und riefen nach dem Chef. Der Chef hörte dies noch und fuhr darauf mit seinem Rad über den Krautberg davon, ohne das gestohlene Gut mitzunehmen. Der Mann ist zirka 40 Jahre alt, kräftig, hat einen Schnurrbart und trug einen braunen Anzug. — Dem Rutscher Naghofer in Breinsbach wurde eine Karbidlampe im Werte von 14 S gestohlen. — Aus einer Werkzeughütte des Baumeisters Hartl in der Brandströmstraße wurde eine Schlauchwaage im Werte von 100 S und ein Rucksack mit Werkzeugen gestohlen. Weiter wurden auf einem Neubau dem Bauunternehmer Androschko ein Gummimantel und Werkzeuge im Gesamtwert von 37 S gestohlen. Vom Täter fehlt jede Spur.

## Vor dem Richter

**Autozusammenstoß.** Am 15. Juni fuhr an der Straßenkreuzung Natthausstraße-Hauptplatz zwei Personenauto zusammen, wobei beide Kraftfahrzeuge erheblich beschädigt und die körperliche Sicherheit der Fahrer sowie der im Auto befindlichen Personen auf das schwerste gefährdet war. Die Schuldtragenden wurden angezeigt.

**Tödlich verbrüht.** Am 16. Juni ist der sechs Jahre alte Richard Fröschl, Kind der Eheleute Richard und Marie Fröschl, Burgfriedstraße 16 wohnhaft, in der Waschküche in ein Holzschiff mit heißer Waschlauge gefallen, wobei er sehr schwere Verbrühungen erlitt, denen er tags darauf im hiesigen Krankenhaus erlegen ist. Nach den von der Sicherheitswache gepflogenen Erhebungen dürfte ein fremdes Ver schulden nicht vorliegen, da niemand auf einen solchen Unglücksfall gefaßt sein konnte. Das Unglück ist nur einem tragischen Zufall und der ungemainen Lebhaftigkeit des Kindes zuzuschreiben.

**Einbruchdiebstahl.** Am 22. Juni wurde von unbekanntem Täter in die Gemischtwarenhandlung der Anna Nischmayr eingebrochen und aus dem Geschäft weiches Bettzeug, Strümpfe, Socken, Lingerzeugwaren und Wädicke gestohlen. Die Täter stiegen durch das gegen den Garten gelegene Abortfenster in das Innere des Hauses und gelangten durch die unversperrte Geschäftstüre in das Lokal. Durch das Bellen des Hundes wurde die Besitzerin des Hauses geweckt, welche sofort Nachschau hielt und die Täter verschleuderte, die auf demselben Wege unter Mitnahme der obgenannten Waren flüchteten. Die Erhebungen nach Gut und Tätern wurden von der Sicherheitswache sofort eingeleitet.

**Funde.** In der letzten Zeit wurden im hiesigen Stadtgebiet folgende Gegenstände gefunden: ein goldenes Armbänder, eine Platte, ein Steinloperbut, ein schwarzer Regemantel, ein Stiefel, eine Geldbörse, eine Sportkette. Diese Gegenstände können gegen Nachweis des Eigentumsrechtes bei der städtischen Sicherheitsbehörde behoben werden.

## Bez. St. Peter in der Au

**Biberbach. Gemeinderatsitzung.** Am 24. Juni fand eine Sitzung des Gemeinderates statt. Ein Ansuchen um einen Beitrag für die Landesausstellung in Sanft Pölten wurde abgelehnt. Ebenso ein Ansuchen der Feuerwehr Blumensberg zur Anschaffung einer Motorpumpe. Dem Gutspächter Simon Csar wurde die Zustimmung der Aufnahme in den Heimatverband nicht bewilligt. In den Heimatverband wurde der bisher nach Biberbach zuständige Arbeiter Josef Landgraf aufgenommen. Die von den Arbeitslosen der Gemeinde Biberbach in ihrer Demonstrationssammlung gefaßte Resolution, welche dringende Forderungen an Bund, Land und Gemeinde beinhaltet, wurde vom Gemeinderat Grießenberger eingebracht, eingehend begründet und die sofortige Weiterleitung an Bund und Land beantragt. Es entwickelte sich eine äußerst rege Debatte, die ein erschreckendes Bild über die Einstellung unserer Christen zur Not der Ausgesteuerten und Arbeitslosen zeigte. Dreißt stüchten die Herren zu den plumpesten Argumenten. Die Arbeitslosen wollen nicht arbeiten, verkaufen ihre Unterstützung, erbetteln bei den Bauern Lebensmittel, die sie dann verkaufen. In schamloser Weise fordern sie die Streichung der Arbeitslosenunterstützung aller Saison-

arbeiter. Als Grießenberger dann den Mehrheitspartei sagte, daß sie der ungeheuren Not der Arbeitslosen und Ausgesteuerten gleichgültig und verständnislos gegenüberstehen, taten sie sehr entrüstet, stimmten jedoch den Antrag nieder. Die christliche Gemeinderatsmehrheit spielt mutwillig mit dem Feuer!

## Bez. Waidhofen a. Y.

**Waidhofen a. Y. Rettungsfelle für alpine Unfälle.** Nachdem der Leiter der Rettungsfelle, Herr Ludwig Obermayer, durch den Tod entzissen wurde, mußte eine Neuwahl vorgenommen werden. In einer gemeinsamen Sitzung der Naturfreunde und des Alpenvereines, Gruppe Waidhofen, wurde als Leiter der Rettungsfelle Herr Alois Heilinger, Krailhof, Telephon Waidhofen 19, Herr August Döberl, Redtenbachstraße 6, als Stellvertreter, gewählt. Außerdem stehen noch zwölf freiwillige Rettungsmänner zur Verfügung, davon drei vom Alpenverein. Meldestelle ist wie bisher: Städtische Sicherheitswache in Waidhofen. Zuschriften in Rettungsangelegenheiten an H. Heilinger erbeten.

**Waidhofen an der Ybbs. Zwei brave Parteiveteranen gestorben.** Ein alter Genossenschaftler und Parteiveteran ist uns plötzlich entzissen worden. Franz Weisengruber, 78 Jahre alt, war noch bis zur letzten Minute in der Genossenschaft tätig. Lebenslustig und arbeitsfroh feierte der Verstorbenen voriges Jahr seine 40jährige Mitgliedschaft in der Genossenschaft, dessen Gründer er war. Sein Leiden begann gab Zeugnis von der großen Beliebtheit, dessen er sich in allen Kreisen der Bevölkerung erfreute. Am Grab nahm Herr B. L. L. im Namen des Vorstandes und Aufsichtsrates (Weisengruber war auch Vorstandsmitglied) in tiefster Dankbarkeit Abschied von dem Verstorbenen. Auch die „GBC“ dankte durch den Mund des Herrn Verbandsreferenten Einsteiner dem Verstorbenen für seine Liebe und Treue zur Genossenschaft. Im Namen der sozialdemokratischen Partei dankte noch Genosse Grießer für seine Mitarbeit in der Partei. Ehre sein Andenken. — Hochbetagt ist unser Genosse Hochreiter seinem Leiden im Spital Waidhofen erlegen. Mit Hochreiter geht ein Stück Waidhofener Partei- und Gewerkschaftsgeschichte zu Grabe. Besonders ergreifend war die schlichte Schar der Trauergäste, fast lauter bejahte Senfenschmiede, die ihrem Senior das letzte Geleit gaben. Ein Stück Geschichte der einstmaligen blühenden Senfindustrie und der leidtragenden Proletarier findet in dem Tod dieser letzten Pioniere seinen Abschluß. Hochreiter lebte in den letzten Jahren in größter Armut und nur wenige gute Menschen unterstützten ihn. Genosse Schlicher als Vertreter der Altersrentner sprach gefühlvolle Worte beim Begräbnis am Montag, den 20. Juni, am offenen Grabe Hochreiters. Hochreiter konnte unser aller Sehnsucht, für die er so leidenschaftlich und unter Einsatz aller persönlichen Opfer gekämpft hatte, nicht mehr erleben.

**Waidhofen a. Y. Rundmachung.** Die Schülereinschreibungen der städtischen Haupt- und Volksschulen für das Schuljahr 1932/33 finden heuer am Beginn der Sommerferien, und zwar am Samstag, den 9. Juli 1932, von 2 bis 5 Uhr nachmittags und Sonntag, den 10. Juli 1932, von 8 bis 12 Uhr vormittags, statt. Die Eltern oder deren Stellvertreter haben nach § 33 der Schul- und Unterrichtsordnung die Pflicht, die in Betracht kommenden Schulkinder zur amtlichen Aufnahme und Einschreibung vorzuführen und hierzu für neu eintretende, nicht im Stadtgebiet geborene Kinder die nötigen Auszüge aus der Taufmatrik mitzubringen. Zu dieser Einschreibung, die im Schulgebäude vorgenommen wird, haben sich heuer nur jene Eltern einzufinden, deren Kinder in die erste Volksschulklasse oder in die erste Hauptschulklasse eintreten. Neueintretende Schüler und Schülerinnen, die die Aufnahme in eine höhere Hauptschulklasse anstreben, haben sich an den Einschreibungstagen (9. und 10. Juni) für eine Aufnahmeprüfung anzumelden, die am 16. September 1932, nach dem Eröffnungsgottesdienst (9 Uhr vormittags) stattfindet.

**Waidhofen an der Ybbs. Von der Hauptschule.** Die diesjährigen Einschreibungen für Neueintretende finden am Samstag, den 9. Juli 1932, von 2 bis 5 Uhr nachmittags, und Sonntag, den 10. Juli, 8 bis 12 Uhr vormittags, in der Direktionskanzlei statt. Hierzu sind Taufauszüge und die letzte Schulausweise mitzubringen. Das Ansuchen der Stadgemeinde um Umwandlung unserer Knabenschule in eine Volksschule und Hauptschule für Knaben liegt trotz wiederholter Urzungen seit zwei Jahren unerledigt bei der niederösterreichischen Landesregierung in Wien. Da im kommenden Schuljahr die II. Hauptschulklasse geteilt werden muß, ist für eine Doppelklasse zur I. Hauptschulklasse kein Unterrichtsraum mehr vorhanden. Es können daher im kommenden Schuljahr in die erste Hauptschulklasse keine Knaben aufgenommen werden. Die diesjährigen Privatprüfungen

werden am Samstag, den 2. Juli, vorge-

Waidhofen an der Ybbs. Schülereinschreibungen für die beiden öffentlichen Schulen in Amstetten. Um den genauen Schülerstand der einzelnen Klassen im nächsten Schuljahr feststellen zu können, finden die Einschreibungen schon an folgenden Tagen statt: Samstag, den 25. Juni, von 1 bis 5 Uhr nachmittags, und Sonntag, den 26. Juni, von 8 bis 12 Uhr vormittags. Gleichzeitig werden auch die Einschreibungen für die beiden öffentlichen Kindergärten vorgenommen. Die Schüler der Volksschule und die Kindergartenkinder werden in jener Schule eingeschrieben, in deren Sprengel sie wohnen; die Hauptkinder und -schülerinnen kommen zur Einschreibung ausnahmslos in die Hauptschule in der Kirchenstraße. 1. Aufnahme in die Volksschule: In die erste Klasse werden Kinder aufgenommen, die zu Beginn des Schuljahres das 6. Lebensjahr vollendet haben. Jene Kinder, welche dieses Alter bis längstens 31. Dezember 1932 erreichen, können mit Bewilligung des Ortschulrates nur dann aufgenommen werden, wenn dadurch keine Überfüllung eintritt. Taufschein und Impfzeugnis wollen mitgebracht werden. 2. Aufnahme in die Hauptschule: Alle Schüler und Schülerinnen, welche in die Hauptschule aufgenommen werden wollen, haben zur Einschreibung in Begleitung der Eltern oder deren Stellvertreter zu erscheinen. Ihre vorgelegten Schulleitungen werden ersucht, die Schülerbescheinigungsbogen für diese Schüler mit der vorausrichtigen Schulbescheinigung noch vor dem Einschreibungstermin an die Direktion der Hauptschule einzusenden. Auswärtige Schüler können nur nach Maßgabe des vorhandenen Platzes aufgenommen werden; deren Auswahl richtet sich einzig und allein nach dem Schulzeugnis. Zur Aufnahme in eine höhere Klasse ist das entsprechende Schulzeugnis oder die Ablegung einer Aufnahmeprüfung erforderlich. Im September werden keine Einschreibungen mehr vorgenommen!

Waidhofen an der Ybbs. Altersrentnerversammlung. Am 12. Juni berichtete in Gafners Gasthaus Obmann Schilcher über die Werbearbeiten im Bezirk Amstetten im letzten Vierteljahr, in welcher Zeit sieben Werbeveranstaltungen und fünf Beratungen abgehalten wurden. Es erfolgten 161 Neuaufnahmen. Der schriftliche Verkehr betrug während dieser Zeit 64 Ausläufe und 28 Einläufe. Weiter berichtete er über den Zusammenbruch mit dem Landesverein der Arbeitsinvaliden, Witwen und Waisen, Alters- und Fürsorgereiner in St. Pölten, worüber am 26. Juni in Ybbs Verhandlungen stattfanden. Die scharfe Durchführung der Strafbestimmungen über die Anzeigepflicht beim Eintritt in eine entlohnte Beschäftigung löste den stürmischen Protest der Anwesenden aus.

Waidhofen. Dank. Wir danken allen, die beim Ableben unseres lieben Vaters mitfühlen, allen, die ihn auf seinem letzten Weg begleiteten, ihn durch so reichliche Kranz- und Blumen spenden und ihre Worte am Grabe ehrten. Besonders danken wir der Konsum- und Spargenossenschaft sowie der sozialdemokratischen Lokalorganisation Waidhofen. Franz Weisengruber und Familie, Ling, Juliane und Karl Weisengruber, Waidhofen.

Opponitz. Aus dem Gemeinderat. Samstag, den 18. Juni, fand eine Sitzung des Gemeinderates statt. Das Protokoll der letzten Sitzung wurde genehmigt. Einer Gemeindegrenzeänderung wurde nach längerer Debatte zugestimmt. Danach muß die Gemeinde Opponitz einen Betrag von 1200 S für die grundbücherlichen Änderungen übernehmen. Mit der Durchführung der Grenzeänderungen dürfte noch in diesem Jahre zu rechnen sein. Infolge zehnjähriger Geschäftigkeit in der Gemeinde wurden in den Heimatverband aufgenommen: Ignaz Eder und Norbert Gladef. Gemeinderat Hungenberger wird zur Kontrolle der Naturalverpflegestation bestimmt. Bürgermeister Pleimauer teilt mit, daß die Renovierungs-

arbeiten des Feuerwehrdepots durchgeführt sind. Die Kostenüberschreitung gegenüber der Offertstellung wurde von den Sozialdemokraten bemängelt. Ebenso wurde die auf dem Feuerwehrdepot neu angebrachte Plakatierungstafel für die Ortsplakatierung als zu klein erachtet und die Aufstellung einer größeren Tafel neuerdings von den Sozialdemokraten angeregt. Nach anderthalbstündiger Sitzungsdauer wurde die Sitzung geschlossen.

Opponitz. Unser Wandkasten. Der von der sozialdemokratischen Lokalorganisation seit kurzer Zeit im Ort aufgestellte Nachrichtenkasten scheint bei den Bürgern keinen Gefallen zu finden. Besonders die Nationalsozialisten sind ungehalten. Man trachtet durch dementsprechende Beeinflussung des Grundbesizers, den Kasten wieder zum Verschwinden zu bringen. Es ist ergötzlich zu sehen, wie gewisse Leute über die „Wahrheiten der Woche“ sowie die diversen Illustrationen, die im Wandkasten erscheinen, aufgeregt sind. Das geht den Faschisten auf die Nerven. Das Gerede, die Sommerfrischer halten sich darüber auf, ist ja doch nur zu plump, daß man es ernst nehmen könnte. Es sind nicht lauter Sozialfreier, die nach Opponitz zum Sommeraufenthalt kommen. Wir sind der Meinung, daß derjenige, dem der Inhalt des Kastens oder der ganze Kasten nicht paßt, ganz einfach nicht hindurch soll.

Sonntagberg. Der Bildungsausschuß der Lokalorganisation veranstaltet Sonntag, den 3. Juli, in der Wiedlau ein Strandfest, verbunden mit verschiedenen Belustigungen. Beginn 2 Uhr nachmittags, Ende 8 Uhr. Eintritt 50 Groschen, im Vorverkauf 40 Groschen, Kinder 10 Groschen. Bei ungünstiger Witterung findet das Fest den darauffolgenden Sonntag statt. Zugang nur beim Eisenbahnviadukt, Kalkofen bei Rosenau.

Bezirk Gaming

Kienberg-Gaming. Jugendtreffen. Von herrlichem Wetter begünstigt war unser Jugendtreffen am 18. und 19. Juni. Trotz Krise und Not scheuten viele Jugendgenossinnen und -genossen aus den entlegenen Orten des Turnbezirkes nicht die Strapazen langer Fußmärsche und Radtouren, um in unser herrliches Tal zu kommen. Das mit dem Jugendtreffen verbundene Jubelfest des 25jährigen Bestandes des Arbeitergefangenenvereines, des Arbeiterradfahrervereines und des zehnjährigen Bestandesfest der Kinderfreunde, verlieh dieser Veranstaltung ein äußerst feierliches Gepräge. Wir danken allen Jugendgenossinnen und -genossen und den 43 Vereinen, die teils deputativ, teils korporativ vertreten waren, für ihren Anteil am Gelingen des Festes. Das uns übermittelte Dankschreiben der auswärtigen Jugendgenossen, in dem unsere Mühe um das Fest volle Anerkennung fand, macht uns stolz, und wir blicken mit Genugtuung auf das herrliche Fest, in dem so deutlich unsere Zusammengehörigkeit und unsere Kraft zum Ausdruck kam, zurück. Mustergültig arbeitete der Festausschuß, klaglos und reibungslos vollzog sich das Fest. Schutzbund und jeder einzelne Parteigenosse stellte sich in den Dienst der Partei. Allen Parteimitgliedern und jenen bürgerlich Gesinnten, die ein Verständnis für die Arbeiter hatten, danken wir für die festliche Schmückung der Wohnungen und für das Beflaggen der Häuser. Allerdings hat die Mehrzahl der Gaminger Geschäftsleute und Bürger den Wunsch der Turner und der Gemeinde, ihre Häuser zu beflaggen, ignoriert und leisteten lieber dem Nazimacher und Lehrer Heinisch, der für sie jedenfalls als Bürgermeister Nr. 2 gilt, Folge. Von Haus zu Haus ließ dieser Heinisch einlagern, um die Bürger und die Geschäftswelt in Gaming dahinzubringen, daß sie nicht beflaggen. Böses Geschimpf aber erhob sich am nächsten Tag, als während des Fackelzuges die Jugendlichen überall dort, wo nicht beflaggt war, ihre Sprechpöbel gegen die Nazi losließen. Die Bürger von Gaming bezeichneten dies als

eine Verhöhnung und als eine Provokation. Aber wir fragen, wer hat denn eigentlich provokiert? Niemand anderer als der Nazimacher, der zum Verbot des Beflaggens aufforderte, und niemand anderer als die Nazi selbst, die auf dem Heimweg bei den Arbeiterwohnungen und Häusern in Kienberg und in Podau am helllichten Tag „Nache und nieder mit den Marxisen“ brüllten. Die im Schlepptau des Heinisch befindlichen Bürger und Geschäftsleute haben also den Arbeitern den Fehdehandschuh hingeworfen. Wir nehmen ihn auf, die Abrechnung wird kommen. Kein Gewerbetreibender darf sich daher wundern, wenn Arbeiter ihren Lokalen fernbleiben und nur dort hingehen, wo sie Verständnis finden. Als gemeine Hafentrennlinge müssen wir den Ausspruch der Geschäftsleute bezeichnen, daß die roten Bonzen den Festteilnehmern nur bestimmte Lokale aufsuchen erlaubt haben. Die Widerlegung dieser Lüge finden die Herren darin, daß der Nazizugerbäcker eben durch unsere Festgäste ein äußerst gutes Geschäft machte. Noch gemeiner sind die Beschimpfungen, die sich Lehrbuben oder Gehilfen eines Kaufmannes, und auch solche, die sich zu den Bürgern zählen, erlauben, und die Festteilnehmer als Gefindel, Pöbel und Sippichaff bezeichneten. Arbeiter, merkt euch das Benehmen gewisser Bürgerfreier, die Provokation des Heinisch.

Kienberg. Achtung, Schachklub! Am 2. Juli um 20 Uhr beginnen wieder die Spielabende in Frau Wiedls Kaffeehaus. Es wird rege Spielerteilnahme erwartet. Gäste herzlich willkommen.

Gresten. Merikale Unduldbarkeit. Vor einiger Zeit mußte Kooperator Gödlmayer Gresten verlassen, da er etwas mehr praktisches Christentum verlangte und sich nicht scheute, von der Kanzel herab die Ungerechtigkeit der heutigen Gesellschaftsordnung aufzuzeigen. Er war es auch, der die Neueinführung machte, daß, wenn jemand im Altersheim starb, er unentgeltlich mit ihm zum Grabe ging. Wahrscheinlich war Kooperator Gödlmayer der Ansicht, daß nicht nur der ein guter Christ ist, welcher über die nötigen Schilling verfügt, um sich einen Geislichen bezahlen zu können, sondern die Armen mehr ihrem Religionsstifter gleichen, der auch nicht mußte, wohin er sein mildes Haupt legen sollte. Durch dieses Vorgehen machte sich der Kooperator unbeliebt bei jenen, die das Christentum nur so in Pacht haben. Dafür wurden wir mit einem ganz jungen Kooperator beglückt, der, wie es scheint, von Not und Glend, welche die Welt in sich birgt, keinen blauen Dunst hat, ja nicht einmal unsere Staatsgrundgesetze kennt, worin es heißt, daß zu religiösen Übungen niemand gezwungen werden kann. Er verlangt von den Schülkindern, daß sie sich am sonntäglichen Gottesdienst beteiligen. Wir sind weit davon entfernt, jemand vom Kirchenbesuch abzuhalten, denn für uns ist Religion Privatsache, und jedermann soll nach seiner Überzeugung handeln; aber einem Kinde dafür, weil es von Tennisspielern zum Ballaufheben gedungen und dadurch am Gottesdienst verhindert war, die Note 4 in Religion in Aussicht zu stellen, ist ein echt christlicher Terrorakt. Auch verlangte er von dem Kinde, daß es eine Bestätigung von den betreffenden Tennisspielern erbringe, aus welcher zu ersehen ist, daß es wirklich zum Ballaufheben gedungen war. Auf das hinging die Mutter des Kindes zum Herrn Kooperator und stellte ihn. Der Herr, über diesen Besuch nicht sehr erbaut, meinte nun, es sei mit der Note nicht so böse gemeint und er habe es nur als Schreckmittel angewendet, um das Kind zum Besuch des sonntäglichen Gottesdienstes zu veranlassen. Der Kooperator machte sich sogar erbötig, dem Kinde diesen Sonntagsverdienst zu entschädigen. Jedoch die Mutter entgegnete dem Herrn, wenn das Kind am Sonntag diese Arbeit nicht verrichtet, es dann an Wochentagen nach dem Schulbesuch auch nicht benötigt werde. Eine fünfköpfige Familie, deren Ernährer schon lange ausgebeutert, mit jedem Groschen rechnen muß. Ob Herr Kooperator seine Einflußnahme auf die betreffenden Tennisspieler am Sonntag vor-

mittag zur Durchführung brachte, wissen wir nicht, aber wir zweifeln daran, indem es doch Kinder angesehener Bürger des Ortes sind. Dem Herrn Kooperator wollen wir aber den wohlgemeinten Rat erteilen, sich in seiner freien Zeit mit dem Problem der Krise und Massenarbeitslosigkeit zu beschäftigen — in das uns unsere christlichen und jüdischen Wirtschaftsführer gekürzt haben — und die Arbeiterkraft in ihrem Kampfe um Arbeit und Brot in wahrer Nächstenliebe zu unterstützen.

Bezirk Ybbs

Blindenmarkt. Arbeitergefangenenvereinsgeneralversammlung. Der Arbeitergefangenenverein „Morgenröte“, Blindenmarkt, hält Sonntag, den 3. Juli 1932, seine diesjährige Generalversammlung um 9 Uhr vormittags im Vereinsgasthaus Beham ab. Außer den Mitgliedern sind alle Gönner und Freunde hierzu herzlich eingeladen.

Greinsfurth. Arbeit, Bezirk Ybbs-tal. Der Arbeiterradfahrerverein Greinsfurth hält am 10. Juli, bei schlechter Witterung am 17. Juli, sein zehnjähriges Bestandsfest, verbunden mit Bannerentheilung und einem Waldfest ab. Die Bezirksleitung ersucht daher alle Bezirksvereine des Bezirkes Ybbs-tal, obigen Tag für Greinsfurth freizuhalten und an diesem Tage Vereinsausfahrten nach Greinsfurth auszusprechen zu wollen. Beim Fest kommen zwei Stärkpreise und ein Fernpreis zur Verteilung.

Mehr Gelder für die Fürsorge!

Ein sozialdemokratischer Antrag im Landtag.

Die Sozialdemokraten Büchler, Rieslinger und Wendl haben im Landtag einen Antrag eingebracht, um den Gemeinden neue Gelder für Fürsorgewecke zu verschaffen. In dem Antrag heißt es:

Zur Steuerung der allgemeinen Notlage wurde von den Ländern, Bezirken und Gemeinden eine Winterhilfsaktion eingeleitet. Es ist anzuerkennen, daß im Wege dieser Hilfsaktion bedeutende Mittel zur Unterstützung aufgebracht wurden. Es erweist sich jedoch, daß die Mittel der Bezirke und Gemeinden und auch die durch die allgemeine Sammelaktion aufgetragenen Beiträge nicht ausreichen, um die Hilfsaktion auf längere Zeit, insbesondere in den größeren Gemeinden, in denen die Zahl der zu Unterstützenden sehr groß ist, zu gewährleisten. Es muß daher ein Weg gesucht werden, bei den Gemeinden eine Zweckabgabe für die Hilfsaktion sichert. Zu diesem Zwecke sollen die Gemeinden das Recht erhalten, auf den Konsum von Fleisch, Wurstwaren und Süßfrüchten eine Verbrauchsabgabe von 5 Prozent zu legen. Die daraus sich ergebenden Einnahmen dürfen als Zweckabgabe nur für die allgemeine Hilfsaktion verwendet werden. Die Gefeierten beschreiben sich daher, nachfolgenden Antrag zu stellen:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

- 1. Der beiliegende Gesetzentwurf wird genehmigt.
1. Die Landesregierung wird beauftragt, wegen Durchführung dieses Gesetzes das Erforderliche zu veranlassen.

Die außerordentliche Notlage erfordert eben außerordentliche Maßnahmen. Es ist die Pflicht aller, die noch das Notwendigste kaufen können, den Allerärmsten beizustehen. Darum wird jeder gerecht denkende Mensch diese Steuer gern zahlen. Wenn das Massenelend nicht zur Katastrophe führen soll, so muß dieser Antrag der sozialdemokratischen Partei rasch Gesetz werden. Die Not ist zu groß geworden. Es muß rasch geholfen werden.

Das Wiener Montagblatt „Der Morgen“ ist jeden Montag früh in Amstetten um 1/6 Uhr, in St. Valentin um 7 Uhr erhältlich.

Advertisement for Donau Allgemeine Vers.-A.-G. (insurance), Restaurant Arbeiterheim (restaurant), and Molkerei Amstetten (dairy). Includes contact information and product descriptions.

# Frühling und Sommer KORPERLICH GEMÜTLICH



## Sportmoden.

Touristik — Tennis — Strand.

Jetzt ist für alle Arten des Sportes Hochbetrieb. Ob man in dem Heimatsort verweilt oder ob man auf Urlaub geht, man benötigt jede freie Minute dazu, seinen Körper auszulüften und ihn für den Winter zu ertüchtigen, damit er sowohl den Anfechtungen, die der Alltag an uns stellt, wie Krankheitsattacken, wohlgerüstet widerstehen kann. Und wenn man uns auch entgegenhalten könnte, daß jede Frau das trägt, was sie eben hat, so kann man ihr sehr wohl entgegenen, daß man das, was man hat, so kaufen soll, daß man damit für alle Fälle gerüstet ist. Es ist viel vernünftiger, richtig ausgerüstet zu sein, als nach dem privaten Geschmack zu gehen. Denn es gibt für jeden Sport ganz charakteristische Anforderungen. Und wenn man ihnen nicht folgt, dann ist man mangelhaft ausgerüstet und Unfällen ausgesetzt, die man leicht hätte vermeiden können. Der dunkle Rock, der für Fußtouren unbedingt notwendig ist, wird sich beim Tennisspielen als unpraktisch erweisen; was für einen Fall gut ist, schiedt sich eben nicht für alle Fälle.

Für Touristik, sowohl für Bergtouren als auch für Fußtouren im Hügel- oder Flachland, braucht man einen Touristenrock und ein paar Blusen, zwei Paar dünne Strümpfe und zwei Paar Haferlsocken, ein Paar Bergsteigerstiefel und ein Paar Gauschuhe, einen Wettertragen oder eine Jacke oder eine Regenjacke, endlich zwei Mützen, einen guten, praktischen Rucksack, und für Klettertouren selbstverständlich Kletterhosen. Mit einem Rock kann eine Frau nicht klettern, weil sie dadurch ihr Leben gefährdet. Kletterschuhe sind für Hochtouristen ebenso nötig, wie Seile, Riegel und Laternen. Bergschuhe müssen genagelt, besser noch mit Scheiteln versehen sein. Für die Schuhe muß man Reservereiemen und Schmierfelle mitnehmen, wie man für sich selbst auch Baseline, Zahnbürste, Waschlappen und Seife nicht vergessen darf.

Das Tennis ist seit Jahren nicht mehr das Vorrecht der begüterten Klassen, sondern die Arbeiter haben eingesehen, daß sie ebenso gut wie die Reichen das Recht auf Übung jener Sporte haben, die die Körperhaltung bessern und die Glieder geschmeidig machen. Dazu ist Tennis und Schwimmen sehr geeignet. Zum Tennis nimmt man ein einfaches Leinen-, Kretonne- oder Krepplleid, das in der Taille mit einem Gürtel festgehalten wird und am Hals und den Manschetten mit einem Schal, einem dreieckigen Lüscher oder einer Krawatte geziert wird. Je weniger Farben auf dem Tenniskleid vertreten sind, desto feiner ist es. Man kann aber auch einen kurzen weißen Rock und eine Sportbluse nehmen, die mit einem Vordereinsatz, einem drei- oder vierreihigen Ausschnitt und kurzen Ärmeln gearbeitet wird. Puffärmel sind nicht praktisch, besser ist es noch, Flügelärmel zu machen.

Sehr feich ist für das Tennis ein Sosenrock, also einer jener kurzen Sportröcke, wie ihn die Engländerinnen, die in jedem Sport Fachleute sind, mit Vorliebe tragen. Solche kurze Sosenröcke kann man auch sehr gut zum Rudern verwenden, wo sie leichte Beweglichkeit ermöglichen. Dazu trägt man eine leichte Sportbluse und eventuell einen kurzen Spitzer, der aus Kretonne besonders feich aussehen wird. Kretonne sowie alle Waschkstoffe sind ja überhaupt die große Mode, und man macht daraus nicht nur Kleider und Röcke oder Blusen, sondern Häkchen und Boleros, Spitzer und kleine Kapes. Zu einem einfarbigen Kleid wird man immer eine bunte Jacke tragen. Man kann aus dem bunten Material auch den Gürtel, den Tragen und die Manschetten machen und auch den Hut damit garnieren, was sehr einheitlich und feich aussieht. Es ist nichts weniger als geschmackvoll, wenn man recht bunt geht. Am besten ist es, man nimmt einfaches, einfarbiges Grundmaterial und wählt den Aufputz bunt und farbenfreudig.

Für Bad, Strand und Rudern wählt man Zusammenstellungen, die eben für alle diese Sportarten, die ja innig miteinander zusammenhängen, passend sind. Im Badetrikot kann man nicht segeln oder rudern, oder man soll es zumindest nicht, es ist unsvorlich und ungesund. Denn die modernen Badetrikots sind fast rückenfrei; daher bringen sie die Trägerin beim Rudern und Segeln leicht in die Gefahr eines Sonnenbrandes, der recht gefährlich werden kann. Man nimmt aber über das Badetrikot eine Sporthose und einen bunten Spitzer, der sehr feich und sportlich aussieht, schützt und dezent wirkt. Oder man kann eine dunkelblaue Strandhose über dem rückenfreien Trikot

tragen und dazu einen grellroten Spitzer und eine gleichfarbige Mütze nehmen. Eine sehr zweckentsprechende Lösung ist eine rückenfreie, kurze weiße Hose, die vorn bis über die Brust reicht und mit Trägern festgehalten wird. In dieser kann man ein Lustbad nehmen, am Badestrand spazieren gehen, rudern und segeln, und wenn man die Hose mit einem handbreiten Gürtel macht, von dem aus das Vorderteil in der Form eines Trapezes brustaufwärts geht und dann mit Trägern versehen wird, so kann man diesen Overall auch zum Tennisspielen tragen. Man macht aber auch aus gitterartig durchbrochenen Wolletrikots Oberalls ohne Ärmel, unter denen das farbige Schwimmtrikot

durchleuchtet. Für den Strand und das Bad muß alles bunt, lustig und feichsam sein.

Für den Garten wird man Kleider nehmen, die für die Arbeit geeignet, also lustig, bequem und gut waschbar sind. Es ist durchaus nicht notwendig, immer dunkle Sachen zu tragen. Sie schmücken nicht weniger als helle Sachen, man sieht nur den Schmutz nicht so rasch darauf. Kittelkleider sind am praktischsten, da sie Bewegungsfreiheit gestatten. Dazu gehört ein großer Hut, der vor Sonne schützt. Er ist bestimmt gesünder als die Mützen, die die Frauen unter dem Kinn festbinden, die das Atmen erschweren und den Körper zu stark erhitzen, so daß er in die Gefahr eines Hitzschlages kommt.

Alle Sportkleider haben aber ein Gemeinsames: Sie müssen luftdurchlässig, bequem und kurz sein, damit sie keine Gefahren heraufbeschwören und dem Körper jene gesunden Bewegungen erlauben, die der Zweck des Sports sind. Elise Ehrlich.

## 13.000 Rote Falken fliegen über Oesterreich.

Wer kennt nicht unsere Roten Falken, unsere strammen Arbeiterbuben und Arbeitermädels, und wer von uns jubelt ihnen nicht zu, wenn sie froh und stark, Lieder singend, das Land durchziehen? Sie sind heute aus dem Leben unserer Organisation gar nicht mehr wegzudenken, und wenn wir sie nicht hätten — wahrlich, wir müßten sie jetzt erfinden! Aber sie sind schon sieben Jahre alt, unsere Roten Falken, denn sie wurden schon im Juli 1925 „erfunden“. Da erschien in der Julinummer des „Kinderlandes“ 1925 eine Geschichte von einer jagenschaftlichen Ortsgruppe der „Freien Schule — Kinderfreunde“, in der sich eine Kindergruppe gebildet hat, die Wimpel mit rotem Fleck mit sich trägt und deren Mitglieder sich „Rote Falken“ nennen. Die Augustnummer des „Kinderlandes“ erzählte, wie es zu diesem Namen kam: Zwei Falken waren über den Spielplatz geflogen. Nicht lange blieb die Geschichte von der „Falkengruppe“ nur Idee der Redaktion, denn schon im Juli flatterte der erste Wimpel in Oesterreich und viele andere folgten ihm in wenigen Monaten. Eine Geschichte der Tat und des Aufstieges füllt die folgenden Jahre: Rote Falken sammeln Lebensmittel für die Streikenden der Stadt Steyr.

Rote Falken helfen in der Partei, helfen den Frauen die „Unzufriedene“ austragen, Rote Falken werden zu Lebensrettern. Rote Falken erzeugen Spielzeug für Kinder von

Arbeitslosen und tragen damit Licht und Freude in die Wohnung ihrer Brüder und Schwestern in den Dörfern. Ein festes Band der Freundschaft umschlingt die Jugend aus Stadt und Land. Hinter den kleinen Geschenken, die in vielen mühevollen Pastelstunden geschaffen wurden, erwächst dem Proletariat die des Dorfes die Gewißheit: Ich bin nicht allein! Hunderttausende von Spielzeugschachteln werden zum lebendigen Beweis der Solidarität der Arbeiterkinder. Die Wiener Roten Falken sammeln 1200 Schilling und am 1. Mai 1927 geben sie mit einer eindrucksvollen Märfest den Kindern des Jugendgefängnisses eine schöne Bibliothek. Überall, wo es gilt, der Sache der Arbeiterschaft, der Sache des Sozialismus, der roten Sache zu dienen, da stehen die Roten Falken und helfen nach Kräften.

Weit über Oesterreich hinaus sind nun schon Rote Falken geflogen, in vielen Ländern schon gibt es Buben und Mädels, besetzt von dem großen Gedanken des Kampfes für wahres Menschentum und der Gemeinschaft aller Arbeitenden. Die Roten Falken erleben Gemeinschaft. Unzählige Freundschaften wurden auf Ausflügen und Wanderungen geschlossen, geteilte Freude, gemeinsamer Kampf und alle die kleinen Gemeinsamkeiten des Gruppenlebens binden die Roten Falken fest aneinander.

Zum schönsten Gemeinschaftsleben werden den Roten Falken die Lager, in die sie

alljährlich ziehen. Im Jahre 1931 waren 1492 Kinder durch 28.603 Tage im Lager. Lagerleben, das bedeutet für unsere Kinder Romantik und Freude, es bedeutet aber auch mit Spiel, Arbeit und Feier Selbständigkeit und Disziplin und Gesundheit. In anderen Ländern sind auch heuer schon die Lager vorbereitet. Die Wiener senden 700 Rote Falken nach Neuschach und 200 nach Weichselboden. Den zurückbleibenden Roten Falken stehen Bäder und Erholungsstätten zur Verfügung. Den Sommer über holen sich unsere Roten Falken neue Kraft, denn die brauchen sie im Herbst.

Genosse, Genossin! Ist dein Bub, dein Mädel schon bei den Roten Falken? Führe sie ihnen zu und sie werden sich einreihen in dieses Heer der jungen Streiter! 13.000 Rote Falken fliegen über Oesterreich. Es sollen viel mehr werden! Dazu, Genossen, sollt ihr helfen!

## Italienische Bäuerin.



Holzschnitt von Nerl.

## Der Zimmergarten im Juli.

Die Zimmer- und Balkongärtnerie beansprucht jetzt nur wenig Zeit, auch kann von ihr im eigentlichen Sinne des Wortes kaum gesprochen werden. Die Hauptarbeit des Blumenfreundes besteht in der Ungezieferbekämpfung und im Gießen. Die Pflanzen brauchen bei der hochsommerlichen Hitze viel Wasser und können verhältnismäßig leicht ballentrocken werden; an ganz heißen Tagen vergesse man auch nicht, zu sprengen oder zu brausen, es erfrischt die nach Feuchtigkeit verlangenden Pflanzen. Von Zeit zu Zeit setze man dem Gießwasser etwas flüssigen Dünger zu, damit kein Nahrungsmangel eintritt. Abgeblühte Blumen, vertrocknete Ästchen sind zu entfernen, rankende Zweige in Ordnung zu halten, gegebenen Falles anzuhaken. Im Grunde genommen, sind es nur ein paar Handgriffe, die bei täglicher Vornahme in einigen Minuten erledigt werden können. Die durch Aussaaten oder Stecklinge gewonnenen Jungpflanzen sind schattig zu halten und nach Bedarf umzupflanzen. Von Belargonien, Fuchsien, Rosen, usw., können Stecklinge gemacht werden; die Belargonien sind hierzu am meisten zu empfehlen, da sie sich sehr leicht bewurzeln. Für den Winterflor bestellt man jetzt am besten die Blumenzwiebeln, und die zum Treiben ausersehenen Stauden und Sträucher können in die dazu bestimmten Töpfe gepflanzt werden.

## Verbesserung der Bestimmungen über den Altersrentenbezug der Hausgehilfinnen

Im Parlament wurde von den Abgeordneten B o s c h e k und B r o f t ein Antrag eingebracht, der die Herabsetzung der Altersgrenze zum Bezug der Altersrente für Hausgehilfinnen auf 55 Jahre verlangt und gleichzeitig die Erhöhung der Rente fordert. Bisher betrug die Rente 30 S pro Monat ohne Rücksicht auf die Lohnklasse. Der Antrag fordert das Zwanzigfache des täglichen Krankengeldes der Lohnklasse, in der die Hausgehilfin zuletzt versichert war, mindestens jedoch 30 S im Monat. Dies würde für die Hausgehilfinnen in der fünften Lohnklasse eine Erhöhung der Rente um S 3'60, in der sechsten Lohnklasse um 10 S und in der siebenten Lohnklasse um 18 S im Monat bedeuten. Die bürgerlichen Parteien werden ihre Arbeiterfreundlichkeit bei der Abstimmung über diesen Antrag zeigen können.

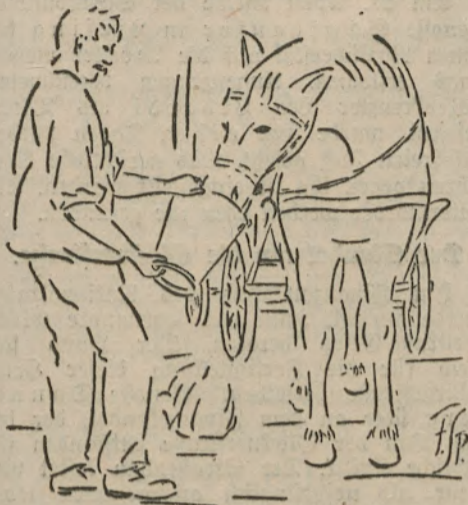
## Mama, ist es draußen schön?



# Der Landwirt

BAUERN UND ARBEITER GEHÖREN ZUSAMMEN

## Der Morgentrunk.



Zeichnung von F. Splitter.

## Eine Erleichterung der Viehmästung.

Im Nationalrat wird jetzt über ein Gesetz verhandelt, das den Viehmästern eine kleine Erleichterung bringen soll. Das Viehpfandrecht soll abgeändert werden. Wenn jetzt Vieh verpfändet wird, so geht es in die Verwaltung des Geldgebers über. Das soll geändert werden. Künftig soll das verpfändete Vieh beim Eigentümer stehen bleiben. Dadurch soll die Viehverpfändung in größerem Umfang möglich werden. Auf Grund dieser Möglichkeit sollen Mästungskredite gegeben werden. Die Girozentrale und die Vieh- und Fleischkasse in St. Marg haben sich bereit erklärt, kleine Kredite zu niedrigem Zinsfuß zu geben. Diese Kredite sollen ein halbes Jahr laufen, solange die Mästung dauert. Wenn also dann ein Bauer einen mageren Ochsen kaufen will, so bekommt er einen größeren Teil des Kaufpreises geborgt. Er mästet den Ochsen, verkauft ihn und kann dann die Schuld zurückzahlen. Da Mastochsen bedeutend teurer sind als magere, profitiert der Bauer dabei. Das Gesetz wird also gewisse Erleichterungen bringen. Wir werden, bis es vom Nationalrat angenommen ist, ausführlich darüber berichten.

## Der Kleintierhof im Juli.

Wenn das Ungeziefer nicht wäre, hätte der Kleintierhalter jetzt eine recht angenehme Zeit. Je heißer und trockener es aber wird, desto stärker tritt das Ungeziefer auf und plagt die Tiere. Dort wo die Hühner nicht gern in die Ställe gehen und die sonderbarsten Orte zum Übernachten aufsuchen, kann man auf starke Anwesenheit schließen. Schwefeln und Kalken der Ställe, Staubbäder für die Hühner helfen am sichersten, und kommen auch dem Besitzer zugute, obgleich der Eierertrag mehr und mehr nachläßt. Manche Hühner beginnen schon mit der Mauser, während der sie überhaupt nicht legen. Bei beschränktem Auslauf sind

## Neue Handelsverträge?

Wir haben angeblich eine Bauernregierung. Bundeskanzler und Landwirtschaftsminister ist Dr. Dollfuß, ein Vertrauensmann des niederösterreichischen Bauernbundes. Die Regierung Dollfuß ist nun bemüht, neue Handelsverträge abzuschließen. Diese neuen Handelsverträge, heißt es, sollen der Landwirtschaft zugute kommen. Dabei wird immer so getan, als ob die Landwirtschaft ein einheitliches Ganzes mit gleichgerichteten Interessen bildete. Das ist aber nicht der Fall. Wenn man zum Beispiel die Getreideeinfuhr erschwert, dann werden Brot und Futtermittel verteuert, was die Weinbauer und Viehzüchter schädigt. Wenn das Brot teurer wird, dann kaufen die Leute weniger Fleisch, weniger Wein. Sie müssen mehr Geld für Brot ausgeben, es bleibt deshalb weniger für andere Dinge. Wenn die Futtermittel teurer werden, dann zahlen die Viehbauern drauf. Auf der einen Seite macht man mit großer Mühe ein Viehmastgesetz, auf der anderen Seite verteuert man ihnen die Futtermittel und erschwert ihnen den Absatz. Denn die Regierung schließt immer wieder den Getreidebau. Davon profitieren die Großgrundbesitzer und die Großpächter. Das sind ja die besonderen Schützlinge unserer sogenannten Bauernregierung. Das Getreide wird nur unter besonderen Erschwerungen hereingelassen, wenn auch durch diese Politik die ganze übrige Landwirtschaft geschädigt wird. Ähnlich ist es beim Holz. Dessen Ausfuhr wird mit allen Mitteln gefördert. Statt lieber die Papierausfuhr oder die Möbelausfuhr zu fördern. Aber für die großen Waldbesitzer ist es so besser. Das sind jedoch noch lange nicht alle Schäden der neuen Handelsverträge. Wenn man ausländische Erzeugnisse nicht hereinläßt, glaubt man der Landwirtschaft zu helfen. Ist das wahr? Wird so dem Bauernstand geholfen? Wir beziehen nicht mehr viel Lebensmittel aus dem Ausland. Aber das, was wir noch beziehen, ist für die Ausländer wichtig. Der ungarische Bauer rechnet damit, Weizen nach Österreich zu verkaufen. Der rumänische Bauer hat seine Wirtschaft darauf eingestellt, Vieh nach Österreich zu verkaufen. Sicher ist es für uns besser und wichtiger, dem heimischen Bauern den Absatz zu sichern als dem ausländischen. Aber so leicht geht das nicht. Es ist ja nicht

so, daß wir aus dem Ausland beziehen. Das Ausland kauft ja auch bei uns ein. Papier, Kleider, Eisenwaren, Lederarbeiten, das alles verkaufen wir ins Ausland. Wenn wir uns aber gegen ausländische Erzeugnisse absperrten, dann sperrt sich das Ausland gegen unsere Erzeugnisse ab. Die österreichische Industrie ist darauf aufgebaut, daß sie Waren im Ausland absetzen kann. Österreich ist klein. Wir haben im Inland zu wenig Käufer für die Erzeugnisse unserer Industrie und unseres Gewerbetreibenden. Wir müssen ausführen. Wenn wir es nicht können, dann geht Industrie und Gewerbe ganz zugrunde. Wir haben schon heute hunderttausende Arbeitslose. Was soll geschehen, wenn es noch mehr werden?

Heute schon gibt es hunderttausende Menschen in Österreich, die langsam verhungern und das ist die eigentliche Ursache der Bauernnot.

Wenn wir uns gegen das Ausland absperrten, dann sperrt sich das Ausland gegen uns ab. Dann können wir nichts mehr ausführen, dann steigt aber die Arbeitslosigkeit noch mehr. Dann sind es nicht mehr fünfshunderttausend, die verhungern, sondern eine Million Menschen.

Diese Politik der Regierung ist also gefährlich. Was nützt es, die ausländische Konkurrenz abzuhalten, wenn niemand mehr imstande ist, heimische Erzeugnisse zu kaufen?

Die Landwirtschaft ist nur ein Teil der Gesamtwirtschaft. Man kann ihr nur dann nützen, wenn man der ganzen Wirtschaft nützt. Was die Regierung plant, ist daher unsinnig. Wer die Industrie und das Gewerbe schädigt, schädigt damit auch die Landwirtschaft. Man kann die besten Absichten haben. Aber wenn man das Holz beim Schweiß aufsäumt, haut es aus. Unsere Regierung nimmt gern den Wind recht voll: der Landwirtschaft muß geholfen werden, der brave Bauernstand darf nicht untergehen und solche Sätze mehr. Alles recht schön, aber die Regierung tut alles, um die ganze Wirtschaft und damit auch den Bauernstand zu erschlagen. Wir haben schon viele Regierungen gehabt, seitdem Österreich eine Republik ist. Aber keine noch war so unfähig wie die jetzige. Hoffen wir, daß sie verschwindet, bevor wir ganz am Hund sind.

Grünfütter und frisches Wasser zum Wohlbefinden der Tiere unbedingt nötig. Spätküken eignen sich nicht zur Zucht, sondern nur zur Mast, ebenso die überflüssigen Jungghäner; mit den alten ausgedienten Hähnen versuche man es aber nicht, sondern schlachte sie kurzerhand; das Fleisch dieser meist sehr zähen Vögelchen muß aber sehr lange gefocht werden, ehe es essbar ist, im Notfall verwende man es kleingeschnitten zu Reis, Nudeln usw. oder als Fleischsalat. Enten und Gänse sollen vor der Mauser vorsichtig gerubst werden, hierbei nehme man nur die locker sitzenden Federn; mehr ist nicht nur Tierquälerei, sondern auch schädlich für die Tiere, die daraufhin leicht zurückgehen. Die Weide ist nach Möglichkeit auszudehnen.

Kauft man Gänse zur Mast, so halte man sie einige Zeit geübert und prüfe sie währenddessen auf ihre Gesundheit, damit sie keine Krankheit einschleppen. — Kaninchen und Ziegen, sowie alles übrige Kleintier, leiden ungemein unter der Hitze, sie müssen deshalb Schutz vor unmittelbarer Besonnung finden und stets frisches Trinkwasser zur Verfügung haben. Gute Hautpflege und allgemeine Keiligkeit sind für sie unbedingt notwendig. Es ist jetzt auch an der Zeit, Dürrfutter für den Winter zu sammeln. Dabei beschränke man sich aber nicht nur auf Unkraut und ähnliches Futter, sondern sehe zu, Alee, gutes Heu usw. zu erhalten, was ein viel besseres und kräftigeres Futter abgibt.

## Der Garten im Juli.

Der Obstgarten im Juli bereitet viel Vergnügen, er bringt die erste Haupternte. Erd- und Himbeeren, Johannis- und Stachelbeeren, sowie Kirchen reifen, täglich kann man pflücken; ihnen folgen Aprikosen und Frühhirsche, zuletzt auch noch die zeitigsten Äpfel und Birnen für die Hausfrau. Freude und Last zugleich, denn das Obst hält nicht lang und muß bei Überfluß durch Einkochen usw. verwertet werden. Daneben verlangt der Obstgarten aber auch noch andere Arbeiten. Die neugepflanzten Bäume und Sträucher sowie ältere tragbare sind bei trockenem Wetter fleißig zu gießen, und der Juli soll trocken und heiß sein. Übermäßig behangene Bäume sind zu stützen, Wurzelschößlinge und Wasserreiser zu beseitigen und Schädlinge zu vertilgen, wozu auch das regelmäßige Sammeln des Fallobstes gehört. Die abgerenteten Stachel- und Johannisbeersträucher bedecken und düngen man, zugleich schneide man einen Teil des alten Holzes aus, um die Triebe anzuregen und dem jungen Holz Raum zur Entwicklung zu schaffen; den alten Himbeersträuchern lasse man dagegen die Ruten bis auf weiteres. Spalierreben hefte man regelmäßig an und schneide dabei die Geiztriebe zurück; gegen den echten Mehltau stäube man mit feinstgemahltem Schwefel. In vielen Gegenden sind Neben- als Haupternte dankbarer denn anderes Obst, weil sie durchschnittlich sicherer tragen und weniger Arbeit machen. — Im Gemüsegarten dürfen Gießen und Hacken, Jäten und Häufeln nicht versäumt werden, der Kampf gegen das Ungeziefer ist ebenfalls unerlässlich, denn Kräuter, Karben usw. treten überall auf. Man erntet: Salat, Ruffbohnen, Zwiebeln, Erbsen, Kraut, Kohlrabi, Mören und zum sofortigen Gebrauch Frühkartoffeln. Gesät kann werden: Salat, Grünkohl, Rosenkohl, Kohlrabi, Herbstrüben, Teltower Rübchen, Erbsen, Karotten, Winterendivien, Winterrettich, Rapsrüben; gepflanzt: Kohlrabi, Blumenkohl, Salat, Lauch, Klein Weet darf länger als 24 Stunden leer stehen, denn die Bodenkraft, unterstützt durch Kompost oder alten, völlig verrotteten Dünger, soll gänzlich ausgenutzt werden. Weiter sei noch an einiges erinnert. Beim Kürbis fürze man die Ranken und entferne die überflüssigen Früchte; bei den Gurken lasse man die Ranken nicht zu sehr durcheinander wachsen, damit weder Luft noch Licht abgehalten wird; beide sind reichlich zu gießen. Die Tomaten sind anzubinden und durch Beschneiden zur Fruchtbildung zu zwingen; Sommerzwiebeln, Knoblauch und Perlzwiebeln ernte man erst, wenn das Kraut verwelkt ist.

## Der Fachmann sagt...

Die Weinschwäche der Säuer, die besonders bei jungen Tieren auftritt, hat ihre Ursache im Kalzmangel der Nahrung. Deshalb ist neben sonstiger reichhaltiger Fütterung eine tägliche Gabe von phosphorreichem Kalk empfehlenswert, der am besten dem Trinkwasser beigegeben wird. Auch Kalkfütterung in Form von zerstoßenen Eier- und Muschelschalen ist von Nutzen. Freier Auslauf, bei dem die Tiere auch mehr Kaltnahrung als im engen Einschluß finden, ist aber das natürlichste Hilfsmittel gegen Weinschwäche und andere Mangelkrankheiten.

# Marktberichte

### Rindermarkt in St. Marg.

Es notierten pro Kilogramm Lebendgewicht (in Schilling):

1. Sorte	2. Sorte
Mastvieh, Ochsen . . . . .	1'40—1'60 1'20—1'38
" Stiere . . . . .	1'15—1'22 1'10—1'14
" Kühe . . . . .	1'20—1'30 1'10—1'18

Tendenz: Der heutige Rinderauftrieb war um 86 Stück größer als in der Vorwoche. Von den Gesamtanlieferungen stammten 83 Prozent aus dem Inlande. Bei ruhigem Marktverkehr wurden Ochsen, Stiere und Kühe zu schwach behaupteten Vormerkenpreisen verkauft.

### Schweinemarkt in St. Marg.

Es notierten pro Kilogramm Lebendgewicht (in Schilling):

1. Sorte	2. Sorte
Fleischschweine, lebend . . . . .	2'02—2'20 1'85—2'00
Fetttschweine, lebend . . . . .	1'60—1'75 1'50—1'95

Tendenz: Von dem Gesamtauftrieb an Fleischschweinen stammten 63 Prozent aus dem Inlande. Bei anfangs lebhaftem, später abflauendem Marktverkehr verteuerten sich Fleischschweine um 5 g pro Kilogramm. Prima Herrschaftsschweine verteuerten sich um 5 g, Bauernschweine leichtere Ware wurden vorwiegend verkauft, schwere Ware konnte die Vormerkenpreise nur schwach behaupten. Alle Fetttschweine verteuerten sich um 2 bis 3 g pro Kilogramm Lebendgewicht.

### Pferdemarkt in Wien.

V. Siebenbrunnengasse 3, beziehungsweise Kontumazanlage St. Marg.

Pro Stück, beziehungsweise pro Kilogramm Lebendgewicht (in Schilling):

Leichte Zugpferde . . . . .	500'00—800'00
Schwere Zugpferde . . . . .	800'00—1200'00
Schlächterpferde (Kohlen) . . . . .	0'30—0'43
" (Wankvieh) . . . . .	0'57—0'78
Wurstvieh . . . . .	96'0—1'8'0

### Stechviehmarkt in St. Marg.

Es notierten pro Kilogramm (in Schilling):

Kälber, lebend . . . . .	1'20—1'30
Fetttschweine, ausgeweidet . . . . .	1'00—1'60
Fleischschweine, ausgeweidet . . . . .	2'20—2'60
Lämmen, ausgeweidet, inländische . . . . .	1'80—1'90
Kühe, ausgeweidet . . . . .	1'40—2'00

Tendenz: Bei flauem Marktverkehr verteuerten sich Weidenkälber in der minderen Qualität um 10 g, während sich prima Ware fest behauptete. Fleischschweine verteuerten sich um 10 g, Fetttschweine wurden um 5 g pro Kilogramm billiger gehandelt.

### Zentral-Fischmarkt Wien.

Großhandelspreise in Schilling pro Kilogramm.

Karpfen, lebend, jugoslawische . . . . .	0'00—2'00
Weißfische, lebend . . . . .	0'00—1'40

Korallen, lebend . . . . . 9'00—11'00  
Pechte, lebend . . . . . 0'00—2'60

### Preise in der Wiener Großmarkthalle (Alte Halle).

Im Großverkauf notierten pro Kilogramm (in Schilling):

Rindfleisch, borderes . . . . .	1'90—2'60
" hinteres . . . . .	2'20—2'90
" Braten . . . . .	2'50—3'30
" Wurstfleisch . . . . .	1'20—1'60
Kalbsteif . . . . .	2'10—2'80
Schweinefleisch, abgezogen . . . . .	2'00—3'10
" Narce . . . . .	0'00—0'00
" jung . . . . .	2'00—2'90
Speck . . . . .	1'30—1'70
Filz . . . . .	1'80—2'00

### Landwirtschaftliche Produktenbörse.

In- und ausländische Ware pro 100 Kilogramm in österreichischen Schilling ab Wien einschließlich Warenumschlagsteuer und Zoll.

Getreide:

Weizen, Bestbahn . . . . .	35'25—36'00
" Wiener Boden . . . . .	34'50—35'50
" Marsfeld . . . . .	34'25—35'50
" Nordwest u. Fr.-Jof.-Bahn . . . . .	33'50—34'75
" burgenländischer . . . . .	33'50—34'75
" Marsfeld . . . . .	32'75—33'00
" Wiener Boden . . . . .	32'50—32'75
" burgenländischer . . . . .	32'25—32'75
" sonstiger . . . . .	30'75—31'75
Wraugerste, prima . . . . .	00'00—00'00
" Mittelqualität . . . . .	00'00—00'00
Futtergerste, inländische . . . . .	00'00—00'00
" ausländische . . . . .	19'00—20'50
Mais . . . . .	14'75—15'25
Cinquantin . . . . .	22'00—23'00
Safer, inländischer . . . . .	23'50—26'50

St- und Hülsenfrüchte:

Braunbohne, inländische, neu . . . . .	155'00—157'00
Bohnen, weiß, inländische . . . . .	000'00—090'00
Kocherbsen, geschält, gelb . . . . .	65'00—105'00
Feldlinsen, „Natur“ . . . . .	60'00—90'00

Knollen- und Wurzelfrüchte:

Kartoffeln, Kupfer . . . . .	00'00—00'00
" Juli-Perle . . . . .	00'00—00'00
" Früh-Rosen . . . . .	00'00—00'00
" gelb . . . . .	00'00—00'00
" weiß . . . . .	00'00—00'00
Zwiebel, ägypt. . . . .	43'00—44'00
Knoblauch, Saecr . . . . .	45'00—50'00

Mahlprodukte:

Weizengrieß, inländ. . . . .	64'00—65'00
Weizenmehl 0, gg, Spezial . . . . .	64'00—65'00
" 0, gg . . . . .	63'00—64'00
" Roggenmehl, 2er, inl. . . . .	55'00—58'00
" Vrolmehl, inl. . . . .	41'00—44'00
Weiz.-Futtermehl 7 1/2, inl. . . . .	23'50—24'50
" 7 1/2, ausl. . . . .	22'00—23'00
" 8er, inl. . . . .	19'50—20'50
Roggenmehl I . . . . .	49'00—50'00
Schwarzroggen . . . . .	44'00—45'00
Roggen-Futtermehl . . . . .	21'00—21'50
Weizenkleie, inl. . . . .	16'00—16'25
Roggenkleie . . . . .	16'50—17'00

Rauhfutter:

Preßheu, süß . . . . .	16'50—17'00
" halbsüß . . . . .	15'25—15'75
Weizen-Mittstroh, gepreßt . . . . .	6'25—6'50
Roggen-Mittstroh, gepreßt . . . . .	8'25—8'50
Rundstroh, gepreßt . . . . .	14'50—15'00

Kraftfutter:

Malzkeime . . . . .	17'00—18'00
Mepsluchen, inl. . . . .	26'50—27'50
Kürbiserntuchen, Fabrikware . . . . .	25'50—26'50

# WELTGESCHEHEN

## Internationale

### Herabsetzung der Rüstungen um ein Drittel.

Der amerikanische Bundespräsident Hoover überraschte die Genfer Abrüstungskonferenz am 22. Juni mit einer Botschaft. Sein Genfer Vertreter Gibson (Bild) fordert darin im Namen Hoovers eine Einschränkung der Weltrüstungen um ungefähr ein Drittel. Die Tanks, die fahrbare schwere Artillerie und die Kampfmittel des chemischen Krieges sollen ganz abgeschafft werden. Das Bombenwerfen aus Flugzeugen soll verboten werden. Auch Einschränkungen in der Seerüstung fordert Hoover. — Die französische Regierung erklärte die Forderungen Hoovers als „unmöglich“.



### Langsamer Fortschritt in Lausanne.

In Lausanne sind die Verhandlungen über die Reparationen fortgesetzt worden. Frankreich will nicht endgültig auf jede Wiedergutmachungszahlung Deutschlands verzichten. Die deutsche Nazibaroneregierung hingegen erklärt, Deutschland könne nie wieder „Tributzahlungen“ leisten. Als sicher gilt, daß Deutschland ein weiterer Aufschub der Schuldzahlung zugestanden werden wird. Der englische Ministerpräsident MacDonald beruht zwischen Deutschland und Frankreich zu vermitteln.

### Ein deutscher Donauplan.

Der deutsche Staatssekretär des Außenbüros hat einen Plan zur Bildung eines wirtschaftlichen Blocks der mitteleuropäischen Staaten — genannt Donaublock — verfaßt. In diesem Block soll Deutschland hervorragenden Einfluß haben.

## Osterreich

### Das Doppelverdienergesetz haben sie vergessen.

Die Sozialdemokraten verlangen seit zwei Jahren, daß wegen des Arbeitsmangels das Doppelverdiener durch ein Gesetz eingeschränkt werden soll. Im vergangenen Winter legte die Regierung endlich einen solchen Gesetzentwurf vor. Er war schlecht. Statt ihn zu verbessern, unterläßt der christlichsozialen Abgeordnete Vater Kolb die Berichterstattung an das Parlament. Durch das Doppelverdienergesetz könnten viel mehr Arbeitslose Arbeit bei vollem Lohn finden, als die Regierung durch den sauberen „freiwilligen Arbeitsdienst“ für ein paar Löffel Suppe Arbeit schaffen könnte. Darum: Heraus mit dem Doppelverdienergesetz!

### Eine Gefechtsübung des Republikanischen Schutzbundes

Von Wien fand am 26. Juni zwischen Purkersdorf und Laab am Wald statt. 19.000 Schutzbündler nahmen daran teil, bei weitem nicht der ganze Wiener Schutzbund. Die Übung verlief ohne jeden Zwischenfall. Der Vorbeimarsch der Schutzbündler an dem Schutzbundleiter, Genossen



Dr. Julius Deutsch (Bild), in Kalksburg dauerte fünf Viertel Stunden. Die Schutzbündler wurden von der arbeitenden Bevölkerung überall lebhaft begrüßt.

## Zugrundereregiiert.

### Staatsbankrott. — Auszahlung der Bundesangestelltenbezüge in Raten. — Für Arbeitslose: Tränengasbomben.

Bundeskanzler Dollfuß ist noch in Lausanne. Hier bettelt er weiter um Kredite. Die Ausichten, Geld für Osterreich zu bekommen, haben sich aber eher verschlechtert als gebessert. Am 25. Juni hielt Dollfuß von Lausanne aus eine Radiorede. Er beteuerte, es werde schon noch alles gut ausgehen, aber etwas Bestimmtes könne er jetzt noch nicht sagen. Und wenn es schon keine große Anleihe sein werde, so würde Osterreich wenigstens einen Vorschub, ein paar Millionen Schilling, bekommen. Die politischen Bedingungen, die Osterreich für diesen Vettel aufgebüdet werden, die seien ja nicht so schlimm.

Es ist also noch ungewiß, ob Osterreich überhaupt ausländisches Geld geliehen bekommt. Ganz sicher ist aber, daß es dafür drückende Bedingungen auf sich nehmen soll. Die Regierung der „Wodentändigen“ der „Heimatschützer“ und der Patentösterreichler muß es sich gefallen lassen, daß unser Land vom internationalen Großkapital so demütigend behandelt wird.

### Die Nationalbank stellt die Auslandszahlungen ein.

Der Mißerfolg in Lausanne ist aber nicht das einzige Ergebnis der Regierungskunst des Herrn Dollfuß. Am 22. Juni mußte die Regierung fast unverhohlen zugeben, daß Osterreich bankrott ist. Die Nationalbank erklärte nämlich, sie werde kein ausländisches Geld mehr für die Bezahlung von Schulden an das Ausland hergeben. Die Zahlungseinstellung gegenüber dem Ausland ist gleichbedeutend mit einer Bankrotterklärung. Ein Staat, der seine Schulden nicht vereinbarungsgemäß zurückzahlen kann, ist bankrott, wie immer das Wort umschrieben wird.

Bankrott ist aber nicht nur der Staat, bankrott ist die ganze bürgerlich-kapitalistische Wirtschaft in Osterreich. Das Land Niederösterreich bezahlt seine Angestellten auf Raten. Am 24. Juni mußte der Finanzminister den Verbänden der Bundesangestellten mitteilen, daß auch die Bundesregierung schon

am 1. Juli nicht mehr in der Lage ist, die Bezüge und Pensionen voll auszuzahlen. Die Bundesangestellten und Pensionisten bekommen daher am 1. Juli nur einen Teil ihrer Bezüge. Wer weniger als 170 Schilling Monatsbezug hat, bekommt 60 Prozent davon am 1. und den Rest am 7. Juli. Die besser bezahlten Bundesangestellten bekommen 60 Prozent am 1. und den Rest am 15. Juli.

Diese Änderung der Auszahlung widerspricht vollkommen dem Gesetz. Die Bundesangestellten haben das gesetzliche Recht, ihr Gehalt am Monatsersten zu bekommen. Aber auf einen Gesetzesbruch mehr oder

weniger kommt es der Regierung Dollfuß-Kintelen-Zakonig ja nicht an.

### Neue Massensteuern.

Die Regierung will das Defizit im Staatshaushalt ausgleichen. Also wird sie dazu neue Steuern einheben? Nein, den Besitz besteuert diese Regierung trotz des allgemeinen Elends nicht. Sie erhöht lieber die Massensteuern, die arm und reich in gleicher Höhe bezahlen muß. Die Warenumsatzsteuer und die Krisensteuer sollen verdoppelt werden, die Zölle auf Kaffee und Tee will der Finanzminister stark erhöhen, das Briefporto soll teurer werden.

Man soll das Volk zahlen, das ohnehin durch Wirtschaftskrise, durch Kurzarbeit und Lohnbruch ins Elend geraten ist. Die neuen Steuern und Zölle der Regierung würden die Verelendung noch verschärfen.

Auf das Allerdringendste aber bergißt die hohe Regierung. Sie kehrt nicht vor, um die Arbeitslosen, die Notstandsauswickler und die Ausgesteuerten vor dem Verhungern zu retten. Für sie treibt diese Regierung auch nicht das aller-notwendigste Geld auf. Für die Pferdegucht im Bundesheer ist noch Geld genug da, für die Arbeitslosen nicht.

### Keine Arbeit, keine Unterstützung, dafür aber Tränengas.

In der „Politischen Rundschau“ berichten wir über die empörenden Vorfälle, welche die Regierung in Donawitz angezettelt hat. Mit Tränengas werden Arbeitslose von der Gendarmerie des Ministers und Landeshauptmannes Kintelen aus ihren Wohnungen ausgeräuchert, wenn sie den Zins nicht zahlen können. Die städtische Polizei von Donawitz wurde mit einem nackten Verfassungsbuch ihres Amtes entsetzt, weil sie nach Ansicht der Alpinherren zu wenig schneidig gegen darbenende Arbeitslose ist. Die Regierung läßt sich keine Gelegenheit entgehen, die Arbeiterchaft mutwillig herauszufordern. Brot hat sie aber keines für sie. Den Arbeitslosen wird die Unterstützung geführt oder gestrichen; dafür aber bedient sie die Proleten mit Tränengasbomben.

Wie sie in Osterreich weiter regieren sollen, das wissen die Christlichsozialen längst nicht mehr. Die Volkswirtschaft ist in voller Auflösung. Staat und Länder sind bankrott.

Zwölf Jahre bürgerlichen Regierens haben uns soweit gebracht. In dieser Zeit der größten Not und Gefahr haben die Machthaber keine anderen Sorgen, als die, die übermütigsten Wünsche der Alpinherren zu erfüllen, auch wenn sie noch so gesetzwidrig sind. Wie lange wird das noch so gehen? Wahrscheinlich, die Herren spielen mit der Gebuld des Volkes.

### Nazimörder gehen frei.

Am 21. April wurde der Schutzbündler Genosse Schafhauser in Riesing bei einem Naziiiberfall auf die Arbeitermerchlings erschossen. Augenzeugen bezeichneten Hafenkrenzler Leo Libardi als Täter. Libardi wurde vor einigen Tagen wieder auf freien Fuß gesetzt. Das gerichtliche Verfahren gegen ihn ist eingestellt worden. Arbeitermörder werden eben nie gefund.

### Der Skandal um die Glocknerstraße.

Im Finanzausschuß des Nationalrates wurde am 24. Juni das sogenannte Glocknerstraßengesetz beraten. Der Bund soll Geld für die Fertigstellung dieser Hochgebirgsstraße herleihen. Genosse Danneberg übte an dem Finanzskandal, der bei dem Bau der Glocknerstraße entstanden ist, sachliche Kritik. Der Straßenbau kostet viel mehr, als ursprünglich angenommen worden ist. Man hat also entweder mit einer grenzenlosen Leichtfertigkeit den Bau begonnen oder bewußt ganz falsche Zahlen angegeben, um den Staat in eine Zwangslage zu bringen, aus der er nicht mehr heraus kann. Die verfahren Geschichte mußte ernstlich untersucht werden. Der schuldtragende Minister Such gehört unter Ministeranfrage gestellt.

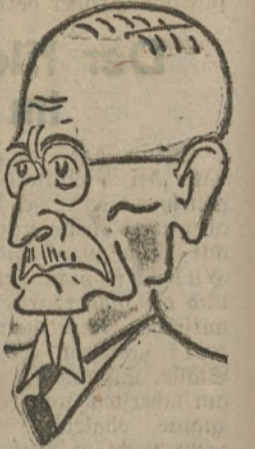
### Der Freie Gewerkschaftsverband tagt.

Am 26. Juni fand in Wien der zehnte ordentliche Verbandstag der freien Gewerkschaften statt. Das Elend der Arbeitslosen und die kümmerliche Lage der noch beschäftigten Arbeiter wurde von allen Rednern hervorgehoben. Die gewerkschaftliche Organisation muß trotzdem aufrechterhalten und ausgebaut werden. Gerade jetzt ist Schutz der vom Lohnbruch bedrohten Arbeiter doppelt notwendig. Darum muß die Schlagkraft der Gewerkschaften behauptet und verstärkt werden.

## Deutschland

### Bayern gegen die Nazibarone.

Die Reichsregierung der Nazibarone hat das Uniformverbot im ganzen Reich aufgehoben. Die bewaffneten Banden der Nazi sollen wieder ungestraft aufmarschieren, Gewalttaten verüben und Arbeiter umbringen dürfen. Die rein bürgerliche Regierung des Landes Bayern will in ihrem Land das Uniformverbot gegen den Willen der Reichsregierung aufrechterhalten. Nahezu alle bayerischen Parteien stellten sich hinter den bayerischen Ministerpräsidenten Guld, der die Beibehaltung des Uniformverbotes fordert. Die Reichsregierung der Herren Kopen und Freiherr von Gahl (Bild) will jetzt die Terrorfreiheit der Nazis durch eine neue Notverordnung Hindenburgs auch in Bayern sicherstellen.



### Tägliche Straßenkämpfe.

Die neue Reichsregierung hat es fertiggebracht, daß in Deutschland ein regelrechter Bürgerkrieg herrscht. Täglich wird von neuen Straßenkämpfen in den Städten Deutschlands berichtet. Sowohl auf der Seite der Kommunisten wie auf der Seite der Hafenkrenzler gibt es Tote und Verwundete.

### Überfall auf den „Vorwärts“.

150 Nazi drangen am 25. Juni in das Gebäude der sozialdemokratischen Berliner Zeitung „Vorwärts“ ein. Der Überfall war von den Hafenkrenzlern planmäßig vorbereitet worden. Zwei Sozialdemokraten wurden schwer verletzt. Der Einbruch in das sozialdemokratische Zeitungsgelände zeigt, was die deutschen Arbeiter unter der Naziherrschaft zu erwarten haben.

### Die Hohenzollern machen sich bereit.

Der gewesene deutsche Kaiser Wilhelm II und der gewesene Kronprinz, der sich offen als Hitler-Anhänger bekennt, sind in der letzten Zeit sehr geschäftig geworden. Sie halten die Zeit für die Wiederkehr auf den Thron für gekommen. Auch der bayerische Kronprinz Ruprecht möchte gern bald König von Bayern sein. Der Hafenkrenzfaschismus soll ihnen den Weg zum Thron ebnen.

Auch in Bayern wird lebhaft für die Wiedereinführung der Monarchie der Wittelsbacher Stimmung gemacht. Der bayerische Bauernführer Heim erklärte, daß ein Streit zwischen Bayern und dem Reich unausbleiblich sei.

Zwanzig Arbeitslose gingen in Bluhafs Wohnung und weigerten sich, sie zu verlassen. Daran schloßerten die Gendarmen Tränengasbomben in die Wohnung des Arbeitslosen. Nun mußten die Kinder schwer bedäht aus dem Fenster gereicht werden und die Arbeitslosen mußten die vergaste Wohnung hystend und weinend freigeben. Nur der Besonnenheit der sozialdemokratischen Vertrauensmänner ist es zu danken, daß ein Blutvergießen verhindert worden ist.

### Krems hat einen Nazibürgermeister.

Am 22. Juni trat der neu gewählte Krems-Gemeinderat zur ersten Sitzung zusammen. Er besteht aus zwölf Sozialdemokraten, zwölf Nazi, acht Christlichsozialen, zwei Großdeutschen und einem Wirtschaftsparteiler. Die Christlichsozialen stimmten mit den Nazi für die Wahl des Nazi Karl Rohrer zum Bürgermeister. Bei den Christlichsozialen können sich die Kremsler dafür bedanken, daß ein Nazi hier Bürgermeister ist.

### Die Nazi schießen.

Die Osterreichischen Nazi wollen hinter den Terrorversuchen ihrer reichsdeutschen Gefinnungsfreunde nicht zurückbleiben. Am 25. Juni veranstalteten sie vor einem Wiener Bezirksgericht einen Wirbel und schossen auch herum. Für ihre Frechheiten bekamen sie allerdings Prügel. Am 26. Juni zog einer der Hafenkrenzhelden nach einer Sonnenfeier in Wien den Revolver und verlegte den Artisten Weik schwer.



# Was ist das Leben



## Nachrichten aus Niederösterreich

### Ein „Bauernschrei“ im Wechselgebiet.

Im Wechselgebiet richtet ein reisendes Tier seit mehreren Wochen an den Viehherden Schaden an. Bei St. Peter am Neuwald überfiel es sogar einen Ochsen und tötete ihn. Die Treibjagden nach dem Schädling hatten bisher kein Ergebnis. Jetzt versuchen die dortigen Bauern, den „Bauernschrei“ in eine Wolfgrube zu locken. Für die Erlegung des Tieres ist eine Prämie von 600 Schilling ausgesetzt.

### Von der Lokomotive geköpft.

Am 23. Juni wurde der 61 Jahre alte Weichensteller Josef Wieser bei der Schienenweiche in Wörth bei St. Georgen am Steinfeld von einer Schublokomotive erfasst. Sie ging über ihn hinweg. Der Körper des Unglücklichen wurde in mehrere Teile zerlegt und der Kopf abgetrennt.

### Wiener-Neustädter Schienenautos.

In den Daimlerwerken in Wiener Neustadt werden jetzt große Personenschienenautos gebaut. Auf den Fabriksgeleisen fanden bereits Probefahrten statt. Sie hatten ein zufriedenstellendes Ergebnis. Schon in der nächsten Zeit sollen die neuen Schienenautos auf der Südbahnstrecke erprobt werden.

### Falsche Fünfschillingnoten.

In einer Taxis in Raabs versuchte der 18jährige Friedrich Granda aus Dietmanns eine falsche Fünfschillingnote abzugeben. Als er merkte, daß die Taxisantin die Banknote mißtrauisch ansah, ergriß er die Flucht. Bei der Festnahme fand man bei ihm noch zwei falsche Fünfschillingnoten.

### Schweres Autounfall bei Wiener Neudorf.

Am 26. Juni abends geriet bei Wiener Neudorf ein kleines Auto ins Schleudern und überschlug sich. Der zu dieser Zeit sehr starke Autoverkehr auf der Bundesstraße war dadurch vollkommen unterbrochen. Die vier Insassen des Autos wurden schwer verletzt nach Wien ins Spital gebracht.

### Totschlag beim Fensterln.

Als die Emmerl nach Pyrawarth (Niederösterreich) kam, hatten es die Burschen gnädig. Die Emmerl ließ bei ihrem Fensterln gern jeden Abend einen herein, halt immer einen nach dem anderen. Der Kutscher Karl Lenhart aus Kolnbrunn erfuhr von der großzügigen Emmerl und beschloß, auch zu ihrem Fensterln zu wallfahren. Da er aber wußte, daß sich die Pyrawarther nicht gern ins Gehege steigen lassen, nahm er sich ein Bajonett mit. Und er hatte richtig vermutet. Es kam vor dem Fenster der Schönen zu einer schweren Kauferei. Das Ergebnis war traurig. Lenhart erstach den Pyrawarther Bauernsohn Gradinger und verletzte den Burschen Mihaliz schwer. Deshalb stand er am 25. Juni in Korneuburg vor den Geschworenen. Die Emmerl wurde nicht gerade als Jungfrau gepriesen. Lenhart wurde auf Grund des Wahrspruches der Geschworenen wegen Totschlag zu drei Jahren schweren, verschärften Kerker verurteilt.

### Das Neueste

Das vierte Kinderkreistreffen des 17. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportbundes findet vom 16. bis 19. Juli in Klagenfurt statt. Die Anmeldungen sind bis 1. Juli an die Kreisleitung, Wien XVII, Währinger Gürtel Nr. 40, zu richten. Der Fahrpreis für Kinder unter zehn Jahren beträgt vom Wiener Südbahnhof hin und zurück 10 S, für ältere Kinder 8 1930. Ebensoviele zahlen Begleiter der Kinder. Vereinsmitglieder zahlen für die Fahrt den sehr ermäßigten Preis von 21 S. Für die Hin- und Rückreise wird ein Sonderzug benützt. Die Abreise erfolgt am Samstag, den 16. Juli, um 8 Uhr früh vom Wiener Südbahnhof. Die Rückreise am Mittwoch, den 20. Juli, um 8 Uhr früh vom Klagenfurt. Für jene Teilnehmer, die den Sonderzug nur für die Hinreise benötigen, sind die Preise für die Hinreise wenig höher als die Hälfte der oben genannten Beträge.

### Lehrfreiheit unter dem Hakenkreuz.

Die Professoren der medizinischen Abteilung (Fakultät) der Wiener Universität haben voriger Woche den Professor Bid zum Dekan (Abteilungsleiter) gewählt. Professor Bid ist zwar ein berühmter Arzt, aber ein Jude. Den Hakenkreuzstudenten gefällt

## Lebenslänglicher Kerker für Laudenbach.

### Er wollte sein Opfer faszieren.

Vor dem Wiener Schwurgericht fand vorige Woche der Mordprozess gegen einen der furchtbarsten Verbrecher der letzten Jahre statt. Der 42jährige Franz Laudenbach war des zweifachen tückischen Raubmordes angeklagt. Auf der Anklagebank saß neben ihm seine Gattin Marie, wegen entfernter Mitschuld am Mord.

Franz Laudenbach ist eine Bestie in Menschengestalt. Er verstand es, zwei Frauen an sich zu locken, um sich ihres Geldes zu bemächtigen. Aber gewöhnlicher Heiratschwindel und Betrug genügte ihm nicht. Die beiden Frauen, auf deren Geld er es abgesehen hatte, ermordete er und dann benutzte er seine Opfer. Am 7. Dezember 1931 erschlug er in Wien die 49jährige Justine Mahr mit einem Axtkloppel und raubte 3000 Schilling aus ihrer Wohnung. Nach dem Mord ging er nach Hause und hörte vergnügt einem Radiosong zu. Als das geraubte Geld zu Ende war, sann er, wie er sich auf ähnliche Weise wieder Geld verschaffen könnte. Durch eine Heiratsanzeige in einer Zeitung lernte er das Parjane, ältere Dienstmädchen Anna Huberl kennen. Er bewog sie am 11. Februar 1932, sich Geld aus der Sparkasse zu holen, und verleitete sie dann, in seine Wohnung zu kommen. Seine Frau und sein Kind waren außer Haus. Kaum hatte er die Frau beseffen, so ergriß er seine vorbereitete Axt und erschlug sie damit.

### Die Todeschreie seines Opfers

hätten fast zur sofortigen Entdeckung des Mordes geführt. Seiner Kaltblütigkeit verdankte es Laudenbach, daß es zwei Wochen wahrte, bis er als Täter verhaftet werden konnte. Die Leiche der Ermordeten ließ er tagelang in einer großen Wäschekiste

### der neue Abteilungsleiter deshalb nicht.

Sie erfachten sich, den Gelehrten aufzufordern, von der Dekanatsstelle zurückzutreten. Man muß abwarten, ob sich die anderen Hochschullehrer die Frechheit der Nazistudenten gefallen lassen. Sie selbst haben ja Professor Bid zum Dekan gewählt.

### Jeder kommt

daran! Die Banditen in den amerikanischen Großstädten fürchten sich vor der Polizei recht wenig, denn sie haben stets gute und einflußreiche Freunde unter den Polizisten. Aber vor den Geschossen aus den Revolvern ihrer Konkurrenten sind sie keinen Augenblick sicher.

### Seit Jack Diamond tot ist,

war Banie Higgins (Bild) der bekannteste Bandenführer von New York. Sein Auto wurde vorige Woche auf offener Straße aus einem Maschinengewehr beschossen. Von mehreren Geschossen getroffen, war Banie Higgins sofort tot. Die Mörder Higgins sind — selbstverständlich — entkommen. Für die Ermordung ihres Führers wird nun wieder die Bande Higgins blutige Rache nehmen.



Die Fran ertränkt! Am 25. Juni soll der Wäldermeister Josef Traubenkraut aus Mayen im Rheinland seine Frau bei einem Bootsausflug nächst Konstanz im Bodensee ertränkt haben. Der Mann kam mit dem Boot ans Ufer und sagte, er habe einen Unfall gehabt. An anderes könne er sich nicht erinnern. Später erzählte er, er habe mit seiner Frau gemeinsam Selbstmord verüben wollen. Traubenkraut wurde unter dem Verdacht des Mordes verhaftet.

### Des Königs Geld für die Armen.

Die Regierung der spanischen Republik hat am 24. Juni beschlossen, die 31 Millionen Peseta Bargeld, die sich in dem beschlagnahmten Besitz des entthronten Königs Alfons befanden, unter die Armen Spaniens zu verteilen.

### Ein gesunkener Goldschatz gehoben.

Während des Krieges wurde der englische Dampfer „Egypt“ von einem deutschen U-Bootboot nahe der französischen Küste versenkt. Die „Egypt“ hatte eine große Ladung Gold an Bord. Seit Jahren bemüht sich eine italienische Gesellschaft, das Gold vom Grunde des Meeres zu heben. Am 22. und 23. Juni hatte die Ausdauer endlich Erfolg. Aus der

in seiner Wohnung liegen. Dann zerstückelte er sie. Den Kopf warf er in die Donau, und der Gliedmaßen und des Rumpfes wollte er sich dadurch entledigen, daß er sie auf dem Wiener Franz-Josefs-Bahnhof und in einem Westbahnzug weglegte. Die Auffindung der Leichenteile brachte die Untat ans Licht.

In der Schwurgerichtsverhandlung wurde auch bekannt, daß Laudenbach die Leiche der Huberl wahrscheinlich auch mit einer großen Fasziermaschine faszieren und dadurch beseitigen wollte. Marie Laudenbach hat mindestens nach der Ermordung der Huberl seinen Versuchen, die Untat zu verhehlen, teilgenommen.

Nach viertägiger Verhandlung beantworteten die Geschworenen am 25. Juni die Schuldfrage auf tückischen Raubmord sowohl im Falle Mahr, als auch im Falle Huberl, mit

### zwei Ja.

Ebenso einstimmig verneinten sie die Frage auf Sinnesverwirrung. Franz Laudenbach wurde zu lebenslänglichem schweren Kerker verurteilt.

Franz Laudenbach sprach die Geschworenen mit neun gegen drei Stimmen der entfernten Mitschuld am Raubmord schuldig. Die Geschworenen und sogar der Staatsanwalt baten das Gericht um Milde für die Frau. Sie set unter dem verberblichen Einfluß ihres Mannes gestanden. Marie Laudenbach wurde daher nur zu anderthalb Jahren schweren Kerkers verurteilt.

### Lebenslänglicher Kerker ist die strengste

Strafe, welche unser Strafgesetz kennt. Niemand wird es bedauern, daß sie über das Scheitern Laudenbach verhängt worden ist.

### Schlammmer des gesunkenen Schiffes,

welches 130 Meter unter dem Meer liegt, wurden sechzig große Goldbarren gehoben und auf das Bergungsschiff gebracht.

Hundertjähriges Hochzeitsjubiläum. In einer kleinen Gemeinde bei Niß in Serbien feierte am 20. Juni das alte Bauernpaar Bilipovic seinen hundertsten Hochzeitstag. Der Ehegatte ist 117, seine Frau 115 Jahre alt. An der Feier nahmen mehr als hundert Nachkommen des Ehepaares teil.

### Die Zugskatastrophe bei GÖB.

Die beiden Fahrtenleiter zu sechs und vier Monaten strengen Arrestes verurteilt.

In der Nacht vom 15. zum 16. August 1931 stieß der D-Zug Wien-Kom bei GÖB mit einem vor ihm fahrenden Lastzug zu-



ammen. Erst im letzten Moment bemerkte der Lokomotivführer Josef Kreis des D-Zuges das unabweidbare Verhängnis. Die Wirkung des Zusammenstoßes war furchtbar. Die Lokomotive des D-Zuges sprang aus dem Geleise, rollte die zehn Meter hohe Böschung hinab und stürzte um. Der anschließende Postwagen stellte sich quer über das Geleise. Der erste Personenzug und der Dienstwagen verteilten sich ineinander.

Zwölf Menschen wurden auf der Stelle getötet, vier starben an den erlittenen Verletzungen. Fünfzig Personen wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Vorige Woche verhandelte das Neubener Gericht gegen die Eisenbahner, deren Fahrlässigkeit das Unglück verschuldet hat. Der Fahrtenleiter Puz der Ausweiche Hinterberg und der Fahrtenleiter Königmann des Bahnhofes GÖB sind die Hauptschuldtragenden. Statt ihren verantwortungsvollen Dienst zu versehen, schliefen sie. Das Beweisverfahren bestätigte die schwere Schuld dieser beiden Bahnbeamten. Auch der Weichenaufscher Korper des Bahnhofes GÖB verabsäumte seine Pflicht, indem er sich schlafen legte. Nicht angeklagt war die Generaldirektion der Bundesbahnen, die anscheinend auch geschlafen hat.

Nach viertägiger Verhandlung wurden am 23. Juni Puz zu sechs und Königmann zu vier Monaten, Korper zu zwei Monaten strengen Arrestes bedingt verurteilt. Eine milde Strafe für so schwere Schuld.

# Radio Programm

Wocheneinteilung: Montag 4. Juli bis inkl. Sonntag 10. Juli.

Montag, 4. Juli. 15.20: Jugendstunde: Wald, Strom und Heide. — 15.45: Die Palette des Malers: Preiszuerkennung. — 16.25: Wozu brauchen wir Kaffeehunde? — 16.50: Leopold Stokowski dirigiert das Philadelphia-Sinfonieorchester. — 18.00: Berufsberatung für die Landjugend. — 18.25: Wie erhalten wir uns gesund? — 18.50: Menschen, die die Welt verändern wollten: Kaiser Joseph. — 19.25: Violoncelloporträts (Raphaelbanes). — 20.00: Volkstümliches Konzert. — 22.15: Tanzmusik.

Dienstag, 5. Juli. 15.20: Konzertstunde. — 15.50: Und wieder ist Sommer im Land. — 16.05: Bastelstunde. — 16.30: Die Grabwespen. — 16.55: Nachmittagskonzert. — 18.20: Astronomischer Kurs. — 18.35: Arzneipflanzenbau durch Kleingärtner und Siebler. — 19.00: Unsere Getreideernte. — 19.25: Turnen. — 20.00: Sinfoniekonzert: Franz Schreier. — 21.15: Aus der Jugendzeit Carl Maria von Webers. — 22.35: Abendkonzert.

Mittwoch, 6. Juli. 15.20: Kinderstunde: Die Märcheninsel. — 15.40: Alte und neue Kunst. — 16.00: Reine Atmungsluft, das wichtigste Lebenselement. — 16.15: Das Zeugnis des Hauptschülers. — 16.40: Konzertstunde. — 17.30: Liederstunde. — 18.00: Jugend bei Turnen, Spiel und auf der Wanderschaft. — 18.10: Wie man einen Wald erlebt. — 18.35: Die Bergwelt Österreichs in ihren Namen. — 19.00: Ein halbes Jahr Schulsumme in Österreich. — 19.35: Musikalisches Kabinett. — 20.35: Herzen im Sommer. — 21.05: „Die ideale Ehe.“ — 22.00: Johannes Brahms: Sonate für Violine und Klavier, Nr. 4, op. 100. — 22.25: Tanzmusik.

Donnerstag, 7. Juli. 15.20: Konzertstunde. — 16.10: Helft Feuer verhindern. — 16.25: Waldhofen an der Pöbbs und Umgebung. — 16.55: Nachmittagskonzert. — 18.10: Wir bauen ein Kaiser-

theater: Kasperköpfe und Kleider. — 18.30: Österreichischer und englischer Fußballstil, von einem Reichsdeutschen betrachtet. — 18.55: Ein halbes Jahr Schulsumme in Österreich. — 19.30: Mitrophan-Feuilleton der Woche. — 20.00: Orchesterkonzert. — 22.00: Abendbericht. — 22.15: Sigeunermusik.

Freitag, 8. Juli. 15.20: Frauenstunde: Frau im Harem. — 15.50: Moderne Hübscherhaltung. — 16.00: Das Zillertal und seine Berge. — 16.30: Nachmittagskonzert. — 18.05: Bericht für Reise und Fremdenverkehr. — 18.50: Seltsame Kraftquellen: Energiegewinnung aus Sonne, Wind, Meer und Vulkanen. — 19.20: Moderne Möbel und Geräte auf der Werkbundausstellung. — 20.00: Worüber man in Amerika spricht. — 20.15: Bauernmusik. — 21.15: Abendbericht. — 21.30: Kammermusik. — 22.20: Tanzmusik.

Samstag, 9. Juli. 15.50: Ein Tag in einem türkischen Han. — 16.15: Nachmittagskonzert. — 18.00: Hanns Michael Ren (aus eigenen Werken). — 18.30: Rättner Lied. — 19.00: Aktuelle Stunde. — 19.30: Vorträge auf zwei Klavieren. — 20.15: Dr. Hermann Sinsheimer (Berlin) spricht. — 20.35: Ost-West, Funtpouppouri. — 22.30: Tanzmusik.

Sonntag, 10. Juli. 11.00: Sinfoniekonzert. — 12.15: Unterhaltungskonzert. — 13.30: Mandolinentonkonzert. — 15.05: Die Prarie stirbt, das Geschäft lebt. — 15.30: Kammermusik. — 15.55: Volkslieder. — 16.20: Eine Orientfahrt im Jahre 1565. — 16.50: Nachmittagskonzert. — 18.30: Das Deutschtum in der Tschechoslowakei. — 19.00: Von den Elefanten Colompos zu den Ragen Wenedigs. — 19.30: Lieder und Arien (Tabakoma-Popama; Popow). — 20.20: „Besuch um Mitternacht.“ — 22.00: Abendbericht, Verlautbarungen. — 22.15: Abendkonzert.

# Die aktuellsten Bilder der Woche



Eine Revolution in Siam, die am 24. Juni ausbrach, nötigte den König zu versprechen, die absolute Königsgewalt aufzugeben und dem "Volke" — nämlich den Reichen — Einfluß auf die Regierung zuzugestehen. Hier ein Bild aus der siamesischen Hauptstadt Bangkok: Altes und Neues gepaart. Links oben der König von Siam.



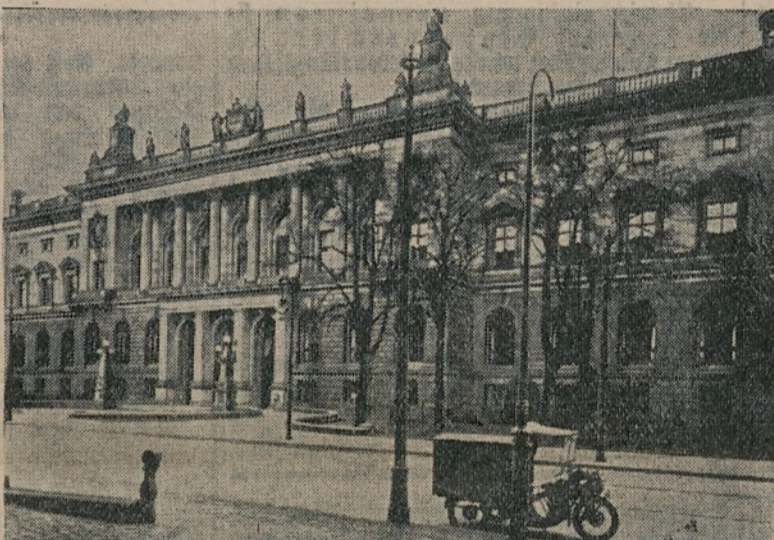
Walter Rathenau, der große, freisinnige Führer des deutschen Bürgertums nach dem Kriege, wurde vor zehn Jahren von Gaunkreuzlern bestialisch ermordet.



Der Umsturz in Chile hat vorige Woche zu neuen Kämpfen geführt. In der Hafenstadt Valparaiso sind dabei 20 Personen getötet und 50 verletzt worden. Der Ministerpräsident Dabilla ist erkrankt. Hier ein Bildtelegramm: Revolutionäre lagern in Valparaiso.



Klara Zetkin war viele Jahre lang eine der bedeutendsten Führerinnen der deutschen Arbeiterschaft. Sie feiert am 5. Juli ihren 75. Geburtstag.



Das preußische Landhaus in Berlin. Die Nazi haben es durch ihren Wahlsieg erobert. Vorige Woche wurde der Nazi Kerl zum Präsidenten des preußischen Landtages gewählt. Die Reichsregierung der Barone will einen Reichskommissar für Preußen ernennen, da die Reaktionen allein keine preußische Landesregierung zusammenbringen.



Barrikaden in Berlin. Am 25. Juni errichteten die Kommunisten in Berlin-Moabit Barrikaden. Sie wollten damit das Eindringen der Polizei in diesen Stadtteil verhindern. Ein trauriges Bild, wie es jetzt in Deutschland zugeht. Diese Barrikade ist aus herausgerissenen Pflastersteinen aufgeschichtet.

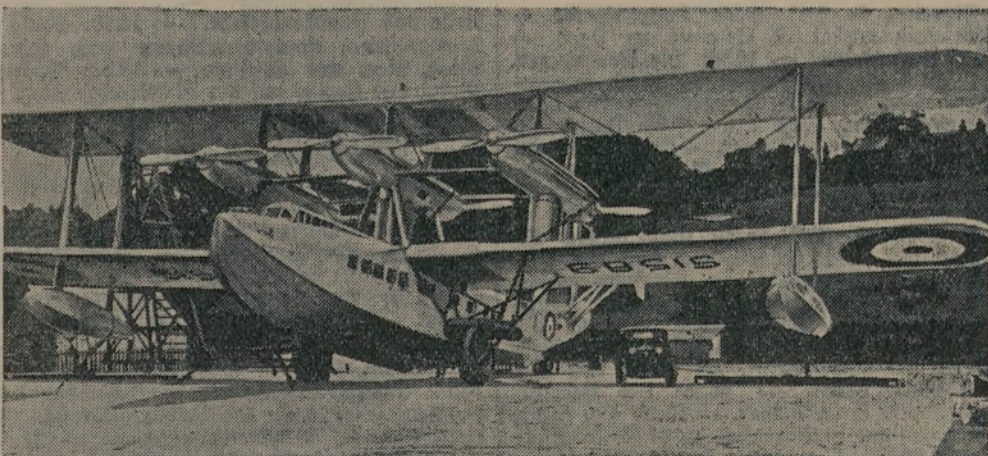


Brand in Wembley. Am 24. Juni brannte im Ausstellungsgelände von Wembley in England die Wachsapierfabrik nieder. Die Feuerwehr mußte ihre Arbeit darauf beschränken, die Nachbargebäude zu retten.

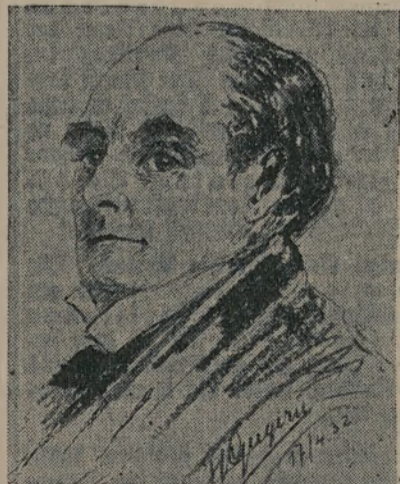


Arbeitslosenmarsch im Haag. In der holländischen Hauptstadt Haag haben die Arbeitslosen für eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung demonstriert. Der noch immer reiche holländische Staat spart gerade bei den Arbeitslosen. In der ersten Reihe der Demonstranten der weißhaarige Arbeiterführer Genosse W i b a u t.

Rechts: Diese beiden Kriegerdenkmäler der großen deutschen Künstlerin Käthe Kollwitz werden auf zwei deutschen Kriegerfriedhöfen in Flandern aufgestellt werden.



Das größte Militärwasserflugzeug der Welt wurde in England in Dienst gestellt. Es wiegt 33 Tonnen und hat 40 Meter Flügelspannweite. Es wird abgerüstet!



Friedrich Gogern, der bekannte österreichische Schriftsteller, wurde am 26. Juni fünfzig Jahre alt.





25 Roman von Hanns Gobsch Copyright by Fabelreiter-Verlag, Berlin.

„Man kann auch sagen: Wer sich mit der Hölle verbindet, verfallt ihr“, antwortet der Deutsche. „Der nächste Krieg ist die Generalabrechnung der Hölle.“

Capponi schlägt mit der Faust an seine Brust. „Ich bin der einzige, der heute sein Volk in Wirklichkeit führt und regiert! Wie ein Felsen überragt Italien den Sumpf europäischer Demokratie! Wir werden dafür die Früchte ernten.“

Der Botschafter verabschiedet sich. „Ein Sturm von unerträglich Wucht kann den stolzen Baum enturzeln.“

„Ein Volk, das an sich glaubt, versteht Bergel“ ruft Capponi dem Gehenden nach.

Er hört die ferne Flügeltür zufallen. Was ist aus den Deutschen geworden! Der Duce ballt erregt die Faust. Wenn die Deutschen wollten, könnten sie den Erdteil beherrschen! Jetzt fürchten sie den Sturm, der ihnen unerträglich scheint! Capponi durchmisst die Fäuste auf dem Rücken, den Saal. „Wir werden alle sterben am nächsten Krieg.“

Warum stößt der Deutsche seinen Untertan aus!... Der Krieg mutet den Völkern Untragbares zu... So — und Bonaparte hat seinem Volk einst weniger zugunsten? Sind die Franzosen daran gestorben? Lebte es nicht heute noch, dieses halbtotge Frankreich, mit geradezu erschreckender Energie? Zieht es nicht seine Luftflotte zusammen? Sanktionieren nicht seine Volksvertreter das kriegerische Rülken? Was bedeutet dagegen der Friedensphantast Brandt! Generalstreik? Ein paar hundert Rebellenköpfe werden ins Straßenpflaster geschossen — Schlacht! Und das Volk marschiert! Würden nicht heute vormittag in Mailand fünfzig Mädelstüßler an die Wand gestellt? Wer wagt noch zu murren in Mailand!...

Der Duce steht still, preßt die Fäuste an die Schläfen. Fünfzig italienische Rebellen... War das nur die Overtüre? Wenn morgen wieder hundert Arbeiter die Uniformen vom Leib jagen? Köpfe ab! Aber wenn es übermorgen dreihundert sind! Tausend! Behtausend!...

Capponi starrt auf die Wandkarte. Dort liegt Paris! Wird Brandt den andern stützen? Wäre das für Italien überhaupt Gewinn? Würde nicht der neue Herr in Paris dann seine Union-Mante auf Rom heften? Boykott aller großen Mächte! England... Deutschland... Die kleinen Kabinette werden wohl oder übel mit ins Friedenshorn blasen müssen... Rom wird seine Schiffe aus Durazzo heimholen... Albanien zerfließt wie ein jähnel Traum... Wer erträgt die wirtschaftliche Verfernung durch einen Erdteil!...

Capponi lehnt den Kopf gegen die Wandvertäfelung. Schließt die Augen. Der Deutsche — faust es durch sein Gehirn — steht nicht schon als tragische Figur! Wir sterben alle am Krieg... alle! Was nicht Ihnen, Erzengel, der edelste Kampf, wenn Sie damit gerade das herausbeschreiben, was Ihre bewundernswürdige Energie zu verhindern trachtet!... Entfesselte Hölle... brillante Massen... die der Staat selbst bewaffnet! Hier eine Kompanie, die meutert... dort eine Kompanie... Bataillone, Regimenter!... Die Bevölkerung der Städte, auf die der Feind Bomben und Giftgas schüttet... Wühendes Land, verheut durch Bazillengeschosse der Flieger... Zerbrechendes Volk... ob es dann immer noch rufen wird: Evviva il Duce!...

Capponi verflammt die Hände vor der Brust. Die Augen sind noch immer geschlossen. Betet er? Betet er zum italienischen Gott? Daß ein Wunder vom Himmel falle? Daß der Kelch der Bitterkeit vorübergehe? Oder daß in Paris Leon Brandt, der große Friedensstichtige und Antipod, die Macht gewinne und damit den Frieden rette? Wie?... Capponi als heimlicher Seefundant des Pariser Phantasten... Will die Tragik schon beginnen...?

XXI.

„Begraben Sie kriegerische Aspirationen. Baron. Der Generalstreik laugt den Kabinett langsam, aber sicher das Lebensmark aus. Arrangieren Sie sich möglichst rasch mit Capponi. Besser ein italienisches Albanien als ein Frankreich, das zur Besse der Weltgeschichte wird!“

Diese Worte spricht drei Uhr nachmittags der Generalstabschef Audinot, während er mit dem Ministerpräsidenten und dem Kriegsminister die Treppe des Palais de l'Élysée heruntersteigt.

„Ausgeschlossen!“ brast Sumette auf. „Mit dem Generalstreik werden wir fertig! Der Polizeipräsident und der Kommandant von Paris bekommen jetzt ihre klaren Weisungen. Sitt Brandt erit hinter Gittern, dann verehbt der Kummel binnen drei

Stunden. Jeder Dickhädel kommt an die Wand!“

Audinot lacht ironisch. „Wollen Sie die Streitenden mit Kolben in die Fabriken jagen? Wollen Sie die Bläse mit Maschinengewehren rasieren lassen? Gegen passiven Widerstand kann man keine Kanonen auf-fahren.“

„Der Haftbefehl gegen Brandt und Komplizen ist jetzt vom Ministerrat beschlossen“, mischt sich Saint Brice ein. „Hier und dort werden die Massen gewalttätig werden. Dann werden eben zwei, drei Exempel statuiert. Mob ist immer feig.“

Audinot legt herablassend die Hand auf die Schulter des Greises. „Ich beneide Sie um Ihren Optimismus, Baron. Sie meinen, wenn äußerlich die Ruhe hergestellt ist, kann der Krieg losgehen? Ich sage Ihnen, unser Land ist bis ins Mark erschüttert. Wenn Sie jetzt mobil machen, sind die Kommunisten die ersten, die bei den Regimentern ein-treffen! So bequem liefert ihnen der Staat nicht gleich wieder die Waffen!“

„Ich denke zunächst nicht an Mobil-machung“, erwidert Saint Brice höflich. „Das Wichtigste ist jetzt die Wiederherstellung der staatlichen Autorität. Sonst sind wir außenpolitisch machtlos.“



Diese Worte spricht der Generalstabschef, während er mit dem Ministerpräsidenten die Treppe heruntersteigt...

„Die Revolution, wenn sie nur die Nase hochnimmt, wird niederkariert!“ erbot sich Sumette von neuem. Er jetzt schon einen Fuß aufs Trittbrett seines Autos!

„Wenn Sie so weit sind, meine Herren, daß wir wieder von Mobilmachung reden können, dann benachrichtigen Sie mich bitte!“ höhnt Audinot mit gedämpfter Stimme zurück.

Die Autos der Minister tollten durch die Ausfahrt des Palais de l'Élysée.

In Paris beginnt die Gejagd.

Die Regierung hatte erwartet, das ganze Nest im Gebäude der »Union« auszuhelen. Sie fand dort nur eine Handvoll untergeordneter Funktionäre.

Paris erlebte sein grandioses militärisches Schauspiel. Infanteriekolonnen marschierten über den Asphalt. Huße von Dragonerpferden klapperten. An den Seibebrücken öffneten Geschütze ihre runden Mäuler. An den Straßenkreuzungen waren Maschinengewehre in Stellung. Panzerwagen dröhnten. Zwei Duzend Flieger brummen über dem Häusermeer, jede verdächtige Ansammlung von Zivilisten ausschärfend.

Der Polizeipräsident hekte seine Beamten. Der Kommandant von Paris entbande Fahndungskommandos. Brandt und seine Mitbelfer schienen vom Erdboden verschluckt zu sein. Aber seine Wühlarbeit ging weiter. Die staatlichen Funktürme stellten fest, daß die verurteilte BO I chiffrierte Telegramme sandte und von ausländischen Stationen solche empfing. Aus welchem Hinterhalt funkte der gefährliche Feind? Die militärischen Führer beschimpften die Polizei, die Brandt nicht auf den Ferien gelieben sei, der Polizeipräsident beschwerte sich über die Truppen, die mit ihren groben Fäusten die Bevölkerung außer Rand und Band brachten.

Im Zimmer des Ministerpräsidenten ging es zu wie in einem Taubenschlag. Die Chefs der fremden Missionen rüdten truppenweise an. „Aufstakt zur Weltrevolution!“ warnten sie. Die bleiche Sorge stand den Diplomaten in den Gesichtern.

Fünf Uhr nachmittags erschien der süd-slawische Gesandte am Quai d'Orsay. Seine Regierung — so meldete er — möchte dem Pariser Kabinett bringen zur Erwägung anheimstellen, ob unter den ungünstigen inneren politischen Verhältnissen Frankreichs der bisherige Kurs gegen Italien noch beizubehalten sei.

Saint Brice rief ihm erregt zu: „Thretwegen, Herr Gesandter, haben wir uns engagiert! Wir haben an Albanien nur höchst mittelbares Interesse! Melden Sie Ihrem König, daß ich mich auf sein königliches Wort verlaßel! Wenn sich jetzt unsere Bundesgenossenschaft nicht bewährt, sind wir beide geliefert!“

Den Südslawen löste der Pole ab. „Die innere Lage Polens ist aufs höchste gespannt, Herr Baron! Radikale Elemente, von Sowjet-agenten angetrieben, drohen mit Umsturz. Eben erhalte ich aus Warschau die Nachricht, daß Rußland vor zwei Stunden seine Grenzen gegen Polen zugemacht hat. Die Gerüchte verdichten sich, daß die Russen militärische Vorbereitungen treffen. Mehr weiß ich im Augenblick auch nicht. Polen kann keine aktive Kriegspolitik unterstützen. Sehen Sie zu, mit Rom schleunigst ein erträgliches Arrangement zu finden.“

Der rumänische Gesandte folgte. Er bestätigte die Gerüchte von geheimnisvollen Truppenkonzentrationen an der russischen Grenze. „Keinen Schritt weiter, Baron! Rumänien kann sich nicht in einen Krieg mit Rußland hineinziehen lassen. Unser Volk ist nicht für Krieg zu haben. Die Linkstreife machen uns schwer zu schaffen.“

Saint Brice sitzt allein in seinem Zimmer. Er ist wie gelähmt. Fallen die Bundes-genossen schon ab? Hat sich Frankreich nicht für die Belgrader in den Dreck geritten? Hat nicht der Pole das Eßen rotglühend erhalten? Wenn sich jetzt der südslawische König aus der Affäre zieht? Kann Frank-reich allein fechten? Auch nur diplomatisch?... Wenn man diesen Brandt packen könnte! Ihm sekundiert als Hilfsmacht die Angst der Völker vor einem mörderischen Krieg. Diese Angst ist stärker als die Kunst aller Diplo-maten... Aber hat sich nicht alles logisch gefügt, zwangsläufig? Schicksalhaft?... Aber irgendwo mußte doch ein Rechenfehler lie-gen... Der Greis greift mit zitternder Hand zum Telephonhörer, um den deutschen Bot-schafter herüberzubitten.

Dr. Haindl ist in fünf Minuten aus der nahen Botschaft zur Stelle. Als er eintritt, guckt er durch seine glitzernden Brillengläser und errät alles: Untergangsstimmung.

Saint Brice ist voll erster Würde. „Europa ist aufgeschreckt wie ein Bienen-schwarm. Der Machtvolle Capponis schleudert unsern Erdteil in den Abgrund. Wir müssen die Fahrt bremsen. Deutschland kann sich nicht mehr versagen, Herr Botschafter. Sie müßten die entsehlliche Beche ja auch mitbezahlen.“

Der Botschafter schweigt lange. Man sieht ihm die innere Erregung an. „Wir sind an der Lage unschuldig. Die Gründe liegen weit zurück. Was soll meine Regierung für Sie tun? Seit heute mittag ist die Stimmung bei uns daheim plötzlich umgeschlagen. Eine Welle nationalisierender Begeisterung geht durchs Land. Die vaterländischen Verbände marschieren in allen Städten auf und for-dern Abbruch der Beziehungen zu Frankreich. Die Linkstreife leisten bisher nur geringen Widerstand dagegen. In Deutschland entsteht sich eben auch der einfache Mann nicht der Erkenntnis, daß siebzig Millionen Deutsche nicht durch Generationen Fronarbeit leisten können. Sie wissen, ich bin ein warmer Verfechter der Freundschaft zwischen unsern beiden Nationen. Sie haben immer die Ver-sailler Thesen vertreten. Sie glaubten sich als Franzose dazu verpflichtet. Aber Deutsch-land ist sich selbst auch verpflichtet. Ich werde nochmals mit Berlin drabten. Vielleicht kann unser Botschafter in Rom einen letzten Appell versuchen. Viel Hoffnung habe ich nicht. Am besten, Sie erklären Frankreichs Desinteresse-ment an dem albanischen Abenteuer. Das ist mein christlicher Rat.“

„Das ist eine Unmöglichkeit!“ fährt Saint Brice auf. „Dann ist bei uns die Revolution nicht auszuhalten! Das wäre der Rückzug vor Capponi! Rom muß die gleichen Opfer bringen wie wir.“

Der Deutsche geht mit bedrücktem Herzen fort. Saint Brice haftet durchs Zimmer. Wo steckte nur der furchtbare Rechenfehler... Das Telephon zerreißt die Gedanken des Greises. Meldung vom Polizeipräsidenten: „Zwischen Saint Denis und Paris hat vor zehn Minuten ein blutiger Zusammenstoß stattgefunden. Etwa tausend jugendliche versuchten mit roten Fahnen gegen die Peri-pherie von Paris vorzudringen. Die Demon-stranten ließen über hundert Tote und Verwundete liegen, die Polizei bißte elf Mann ein.“

Saint Brice hat den Hörer am Ohr. Was soll er antworten?

Von der Gegenseite fragt die Stimme weiter: „Entspricht es weiter den Absichten der Regierung, jeden aufsteigenden Aufruhr rücksichtslos niederzuschlagen?“

Saint Brice schweigt immer noch. Dann ruft er scharf in den Apparat: „Gegen jeden Rebellen schonungslos vorgehen!“

Eiserne Nerven! Brutaler Wille! — arbeitet es hinter der Stirn des Alten. Er läuft gehetzt durch das Zimmer. Bisher ist noch nichts verloren! Solange Frankreich nicht offiziell mobilisiert, wird auch Capponi nicht marschieren. Diese Bräskierung Euro-pas fällt dem Römer nie und nimmer ein! Nein, viel schlimmer ist der innere Feind! Sehn Uhr abends soll der Generalstreik auf

ganz Frankreich ausgedehnt werden, wenn die Regierung nicht zurücktritt... Blutiger Brandt!

Wieder schrillt das Telephon. Der Innen-minister schreit in den Draht, daß einige tausend Arbeiter mit Fahnen und Sowjet-sternen in die Rue de Flandre eingebracht und daß schwere Kämpfe im Gange sind... Saint Brice läßt den Hörer fallen. Also auch im Nordosten geht es los! Will Paris an allen Ecken aufflammen... Wenn nun in einer Stunde Hunderttausende aus ihren Schlupfwinkeln vordringen... Kein Mil-lionen folgen dem Wirt dieses einen! Brandt! Furchtbarer als Capponi ist dieser eigene Volksgenosse! — Die Minuten rennen. Fast acht Uhr. Noch zwei Stunden Frist —

In die Silberschläge der Uhr mischt sich die Telephonglocke. Saint Brice starrt mit-traurig zum Apparat. Muß eine neue Hibbs-botschaft eingeschickt werden...? „Ministerpräsident Baron Saint Brice...“

„Hier staatliche Funkstation Nr. 1. Funkpruch des Abgeordneten Brandt für den Ministerpräsidenten...“

Die Greisenfinger umkrallen den Hörer. Brandt!... Melbet der Nebel die Unter-werfung?... Mit offenem Gebiß hängt der welke Mund über dem Apparat.

„Darf ich vorlesen, Herr Ministerpräsi-dent? — Ich ersuche Sie um unverzüglichen Funkpruch, wann und wo ich Sie sprechen kann. Ich fordere zuvor die Aufhebung der Haftbefehle für mich und alle Komiteemit-glieder der »Union« sowie freies Geleit. Antwort an BO I, Wellenlänge 250. — Leon Brandt.“ — Haben Sie alles richtig verstanden, Herr Ministerpräsident?“

Saint Brice läßt sich den Funkpruch wiederholen. Gängt ab.

Was bedeutet das? Erlebt der Fanatiker sein zweites Damaskus? Aber der anmaßende Ton! Aufhebung der Haftbefehle, freies Geleit... Saint Brice fühlt seine Herren-natur im Kampf gegen sein Gewissen. Bringt sich die Regierung nicht um jeden Kredit, wenn sie jetzt die Haftbefehle auslöscht? Stößt man aber den Volkstribunen vor den Kopf, können die Folgen unübersehbar sein! Aufmarsch von neun Millionen, die der Regierung Fehde antagen! Bürgerkrieg... Es ist schon Blut vergossen worden, es erregt den Durst lauernder Bestien!... Wo her mit dem Mann! Ihn nur in die Hände bekommen! So oder anders! Ihn gewinnen oder vernichten!

Saint Brice telephoniert der Funk-station die Antwort: „Funkpruch für Leon Brandt. Station BO I, Paris. — Ansuchen bewilligt. Bis neun Uhr abends wird mein Befehl alle Dienststellen passieren, daß Haft-befehle außer Kraft gesetzt sind. Sie werden neun Uhr fünfzehn im Ministerium des Äußeren erwartet. — Baron Saint Brice.“

Sodann Ausruf beim Polizeipräsidenten und Kommandanten von Paris: „Leon Brandt und die Streikleitung der »Union« sind außer Verfolgung gesetzt.“ Die Befehls-empfangen glauben sich verhört zu haben. Saint Brice schneidet jede Frage ab: „Bitte sich an meine Befehle zu halten!“ Der Greis starrt mit zusammengetrieffe-nen Lidern zur Decke hinauf.

Ihn gewinnen oder vernichten! — die Staatsraison erlaubt keinen Mittelweg!

Im nördlichen 18. Arrondissement von Paris, im Gemirr ärmlicher Händler und verwinkelter Gassen, steht ein engbrüstiges Kleinleutehaus mit schmutziger Fassade. Es hat nur zwei Fenster Front. Die Behausung gehört einem pensionierten Briefträger, der vor achtzehn Jahren im Geschwader des Fliegers Brandt Kriegsdienste tat. Wer ver-mutet in diesem Winkel, wo Stiezbürger ihr Schattendasein fristen, das Hauptquartier einer Bewegung, die mit dem Staat einen Kampf auf Leben und Tod führt!

Das Gespräch, das Broucq, Lomnier und Millaut im Hinterzimmer des zweiten Stockes in gedämpfter Erregtheit führen, verstummt. Im nächsten Augenblick öffnet sich die Tür und Mhée Landung schließt lautlos und fagenhaft ins Zimmer. In ihrem Leder-mantel sieht sie wie ein Jüngling aus.

„Kein Mensch hält das mehr auf!“ sagt sie mit fliegendem Atem. „In der Rue de Flandre gibt es ein mörderisches Blutbad! Die Truppen gehen barbarisch vor...“

Auf der schmalen Flusstiege, die aus einer Zimmerecke zum Manfardengeschloß hinauf-führt, wird Brandt sichtbar.

„Brandt, wie lange wollen Sie noch auf Ihren passiven Widerstand bestehen sein! Die Massen wollen Ihr Kommando hören! Wir sind ja mitten drinnen im Bürgerkrieg! Wir gehören jetzt nicht mehr hieher in diese Schmutzhöhle, wir gehören auf die Straße, um zum Sturm zu blasen...!“

Brandt fährt hart über sie her. „Wer heßt denn die Arbeiter auf die Gassen! Wo haben Sie denn den ganzen Tag gesteckt! Schüren Sie auch das Feuer mit an? Wer jetzt Bürgerkrieg inszeniert, ist mein schlimmster Feind! Ich will nicht ein Jahrzehnt ge-schuftet haben, um zum Schluß in einem Blutmeer zu erlaufen!“

„Saint Brice oder Sie! Ihnen bleibt keine Wahl, Brandt“, begehrt Mhée auf. „Ob Sie wollen oder nicht — die Revolution marschiert! Verleugnen Sie nicht Ihr eigenes Werk...“ (Fortsetzung folgt.)

# Die rote Spottdroffel

## Blatt für Kritik und Humor

Amor



Ein altes Sprichwort in neuer Fassung:  
Der österreichische Beamte hat nichts, aber das bekommt er auf Raten!

„Kinder, jetzt habst's auf der Wies'n wohnen. Der Bund zahlt in Rat'n, der Hausherr will aber sein' Zins aufanmol!“

### Lausanne.

Das 's in Österreich mehr zuck- as fir- geht, des fennen a de Schwarzknöchlinger. Sie wissen scho a weg'n wos jiaht der Buresch in Groß-Engersdorf aum Bacharl unter an Hölmabam sibt und si d' Fiaz woscht, daß s' sauber wern, und a glei d' Händ, und weg'n wos der floani Dollfuß auf Lausanne fährt. Se moanan freuli, der sibt do auf dera Johrt recht christli zwisch'n de onarn Leit' und bischfariert mit eahna, wia 's eah holt geht, den Bölkern von Österreich.

„Du bastest an groß'n Schmorren!“ sagt do da Vogl-Rippel, „wia a so a Herr reit'n muib. Do derf neam wos dafohn, daß 's uns schlecht geht, weul woacht: nob'l muib mer z'grund geh!“

„Und i moanat grad“, moant da Köbl-Toni, „ma soll recht ormsiela daherkemma, daß de Großmächte sich erweichen lassen und uns hölfan!“

„Dwa Toni, host denn scho g'hört, daß ma an Bettla wos leicht? Ma gibt eahm wos, daß er wieda weidamint, owa ma leicht eahm nix. Und wos ma eahm gibt, dos konnt d'r ja dent!“

„Wia miaff'n owa do wos kriagn, weil i bi beim Hauser-Jud g'west, der hot an Radio und do hot der Hauser-Jud g'gott: »Weißn S' a Weil do, hören Sie eppas den Dollfuß von Lausanne sprechen.« Und i bleib' und hör' wirkla den Dollfuß, ganz sei' Stimm is g'west, grad vor oana holbn Stund. Der muib ganz quit aufg'legt g'west sei', als wia wann er von Heirgn in Lausanne femma war, also so lusti hot er g'redt, wia wann er scho 's Göld i da Lauschn ghobt hätt! Dwa aum Schluß hot er g'gott, der Dollfuß, daß »gewisse Schwierigkeiten« noch zu überwinden sind. Do wern s' holt iwa an Grab'n oder a noffi Wies'n nit umifinna, und dos wern de gewiss'n Schwierigkeiten sei. Dwa ganz aum Schluß hot er olli griagn lossn und hot g'gott, daß er sie wieda g'reit, wann er in sei Heimat wieder kimmt. Got d'rauf der Hauser-Jud g'gott: »Wir freuen uns auch!« Wia er dos gmoant hot, des woach i nit. Dwa i glaub's, daß er sich auf hoam g'reit und auf sei Bett und sei Urdning. Gangt ma a a so. Woach jo, wias is, wann ma a poor Tag furt is und nix Worms z'ess'n kriagt und auf d' Nacht koa g'scheits Bett hot.“

„Du bist holt no ninascht g'west, Toni, und woacht nit, wia ma in Lausanne lebt und schloft? S' woach bo de Heimwehraufmärsch in Innsbruck, d' Neustadt und z' St. Pölten.“

Mei Niawa, do hot 's Wein und Bier und Bratln geb'n und a Bett, ha, a Bett!“

„M so geht 's do zui? Do mecht i a Bundeskanzler sei und auf Lausanne fohrn. Der bringt jo dos glei on, wos ma z'leicha kriagn. Des war jo grad a jo, wonn i in Wohlaufl-Woach ums Raibgeld zum Fleisch-hocha schidat! — Der bracht ma a loans da-her!“

### Wie man in Oesterreich Straßen baut.

Wir haben uns schon einmal mit der sogenannten Großglocknerstraße zu beschäftigen gehabt. Damals wurde gerügt, daß man ein Riesentwurf in Angriff nahm, ohne sich noch über den Verlauf der Straße im klaren zu sein. Es gab zwei Gruppen von Interessenten, die sich bis aufs Messer bekämpften. Und da sich die Regierung nach echt österreichischer Art nicht getraute, für die eine oder die andere Variante zu entscheiden, so begann man den Bau der Straße, ohne zu wissen, wo das Mittelstück liegen würde. Aber so wie der Dumme manchmal Glück hat, so sah sich auch die hochweife österreichische Regierung eines schönen Tages der Sorge ent- hoben, über das fragliche Mittelstück länger nachzudenken. Es hat sich nämlich herausge- stellt, daß der Bau der Straße, auf uner- hörten Fehlvoranschlägen fußend, schon jetzt



„Denken Sie nur, mein Fräulein, in der letzten Nacht habe ich geträumt, daß ich der schönsten Frau der Welt eine Liebeserklärung machte!“  
„Oh... und was habe ich geantwortet?“

so viel Geld verschlungen hat, daß das Mittel- stück überhaupt nicht wird gehaut werden können. Man tut zwar jetzt so als ob —, aber es wird im besten Fall auf der einen Seite bis zum Glocknerhaus, auf der anderen, soweit der Nachtragskredit reicht, gebaut werden. Von einer Verbindung der beiden Saalstraßen, durch die ja erst die ganze Sache einen Sinn erhalte, ist nicht mehr die Rede. Man wird also von der Straße aus nicht einen großartigen Ausblick auf den Großglockner, sondern nur auf die ungleich grandiosere österreichische Saumwirtschaft haben, die selbst das schönste, hoffnungs- reichste Projekt zerschanden werden läßt.

### Die Reaktion wittert Morgen- luft.

Daß wir ein lustiger Staat sind, in dem so ziemlich alles möglich ist, ist weltbekannt. Verordnungen, Gesetze, Verfassung, das sind alles Dinge, die bei uns in Österreich nicht so ernst genommen werden wie etwa in einem langweiligen Kulturstaat. Wenn einer Gruppe von Österreichern irgendein Gesetz nicht paßt, so tut man am besten so, als wenn es nicht bestände. So sind zum Bei- spiel alle Adelstitel durch ein Ver- fassungsgesetz abgeschafft, ihre An- wendung unter Strafe gestellt. Das hindert aber einen Teil der österreichischen Presse, allen voran als leuchtendes Beispiel das Regierungsblatt aus der Strozsigasse, nicht im geringsten, das Gesetz seit seinem Bestande buchstäblich täglich zu ignorieren, ohne daß etwa der Staatsanwalt — auch das ist echt österreichisch — es wagen würde, dem klerikalen Gesetzesverächter auf die gesalbten Finger zu klopfen. Daß es in dem Land, in dem der Adel abgeschafft ist, einen Verein katholischer Edelleute gibt, ist nur ein weiterer Beweis für die Auffassung von Staat, Recht und Gesetz, wie sie in der In- dianerreservation zwischen dem Bodensee und Neusiedler See im Schwange ist. Es ist bezeichnend, daß die katholischen Edelleute nunmehr den Zeitpunkt für ge- kommen erachten, die Wiedereinführung der Adelstitel zu verlangen. Im »Neuen Wiener Journal« des Oligarchen Lippowit, dem offiziellen Blatt der guten Ge- sellschaft sowie der bürgerlichen Mas- sen, rückte letzte Woche ein sicherer Fürst Schönburg aus, um sich des langen und breiten über die körperlichen und

besonders die geistigen Vorzüge der diversen österreichischen Fürchten, Altgrafen Bobbys, Barone, Ritter und Edle von und zu zu verbreiten und bittere Klage zu führen über das vermeintliche Unrecht, das ihnen die Führung ihrer diversen Prädikate verbietet. Wozu nur zu sagen wäre, daß die wirklichen Adelligen unter ihnen, das heißt diejenigen, die aus edlen Familien stammen, die immer hübsch unter ihresgleichen ge- blieben sind, keine Angst zu haben brauchen als gewöhnliche Sterbliche angesehen zu werden. Die weise Natur hat schon dafür gesorgt, daß sie schon auf hundert Schritt un schwer als Adeln agnosziert werden können. Was aber die diversen Herren Ritter von Grabensprung oder Edle von Böcklabruck anbelangt, die ihren Adel dem dauerhaften Sichfleisch des Herrn Papas oder Großpapas zu ver- danken haben oder einer vom Hof- ärar nicht bezahlten Rechnung, die mögen zur Kenntnis nehmen, daß sie mit ihren Adelsprädikaten nicht nur von den bösen Republikanern, sondern vielmehr noch von ihren übrigen Standesgenossen ausge- lacht werden. Wonach sich die Querelen des Herrn Fürchten wohl von selbst erledigen.

### Der Stillebenmaler



bei seiner Mittagsmahlzeit.